Einzelpreis 150 Milliarden.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 216 — Nummer 510

Bezugspreis: vom 24. 11.—1. 12. Mk. 800 Milliard. — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. — —

Halle-Saale — Freitag, 30. Nov. 1925

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene 34 mm breite mm-Grundzeile: 10 Pfennig. Kleine Anzeigen: 6 Pfennig. Familien-Anzeigen: 4 Pfennig. Stellengesuche: 3 Pfennig. Die 3 gespaltene 90 mm breite Reklamezeile 40 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort: Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6240. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Demokratische Sabotage

Ein rechtsgerichtetes Kabinett?

Der Beschluß der Demokraten

Berlin, 28. November.

Die demokratische Reichstagsfraktion dehnte ihre Sitzungen bis in die neunte Abendstunde aus und nahm dann den Beschluß der D. N. V. P. entgegen. Festgestellt wurde in den Beratungen, daß in den Fragen der Außenpolitik zwischen allen bürgerlichen Parteien bereits eine Einigung erzielt war; gegen die Uebernahme des Postens des Außenministeriums durch Dr. Stresemann würde von keiner Seite, auch nicht von den Deutschnationalen, Widerspruch erhoben. Die Fraktion erklärte, daß in der Preußenfrage kein Anlaß vorläge, die preußische Koalition, die sich anderthalb Jahre bewährt habe, zu sprengen. Die Fraktion kam zu der Ansicht, daß auf dem von den Deutschnationalen vorgeschlagenen Wege eine Kabinettsbildung nicht möglich sei. Sie faßte folgenden Entschluß:

Nachdem gegen den Wunsch der deutsch-demokratischen Fraktion von den Deutschnationalen die Frage der Regierungsbildung im Reiche mit der Frage der preußischen Regierungsbildung verquickt wurde und dadurch eine neue Verzögerung und Beunruhigung geschaffen ist, lehnt die Fraktion weitere Verhandlungen zwischen den Fraktionen ab und will sich an der Bildung einer Regierung nur auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege, also auf dem Wege der Verhandlungen mit einer vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ausersehenen Persönlichkeit beteiligen.

Wie verlautet, herrscht auch beim Zentrum die Anschauung vor, daß zu einer Aenderung der Koalition in Preußen kein Anlaß vorläge. Bei der Besprechung der weiteren Möglichkeiten wurde die Wiederherstellung der Weimarer Koalition für unmöglich gehalten wegen des Widerstandes im Zentrum. Auch die kleine Koalition der Arbeitsgemeinschaft der Mitte benennte großen Schwierigkeiten. Falls in Preußen nach diesem Beschluß der Demokraten überhaupt noch Verhandlungen eingeleitet werden sollten, werden sie im Laufe des Donnerstag-Vormittag stattfinden.

Dr. Luther demissioniert

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. November.

Reichsfinanzminister Dr. Luther hat an den Reichspräsidenten einen Brief gerichtet, in dem er den Herrn Reichspräsidenten bittet, ihn von der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums zu entbinden, da er nicht glaube, weiterhin die Verantwortung für die Finanzgeschäfte Deutschlands während einer regierungslosen Zeit tragen zu können.

Intrigen

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. November.

Das Bild der politischen Lage wechselt nun schon jeden Tag Stunde um Stunde. Man kommt allmählich doch zu der Entscheidung, daß das parlamentarische System und der Parlamentarismus sich in Todeszuckungen winden und daß gerade seine besten Freunde es sind, die die Auflösung beschleunigen. Nachdem am Mittwoch abend eine fast vollkommene Einigung unter den politischen Parteien über die sachlichen Grundlagen einer bürgerlichen Regierung erzielt worden war und nur noch gewisse Sonderfragen, bei denen eine Ueberstürzung nicht notwendig schien, der Lösung harrten, setzten erneut mit voller Kraft **demokratische Quertreibereien** ein, die offenbar nicht nur in dem sozialdemokratischen Lager, sondern auch von **höheren Reichsstellen gefördert und unterstützt wurden.**

Die Deutschnationale Partei hatte sich, um das ideale Ziel einer sozialistenreinen Regierung zu erreichen, zu einem **außerordentlich weitgehenden Opfer verstanden**, ein Entgegenkommen an die Mitte, das in diesem Ausmaße vielfach im Lande den stärksten Bedenken begegnete. War man doch sogar in der Deutschnationalen Partei bereit, sich mit der Fortführung der auswärtigen Geschäfte durch Herrn Dr. Stresemann abzufinden, obwohl gerade die Unentschiedenheit der Außenpolitik eine der Hauptgründe der sächsischen Opposition der Deutschnationalen gegen das zurückgetretene Kabinett gewesen war. In der richtigen Erkenntnis, daß aber die Möglichkeit einer entschiedenen Außenpolitik in hohem Maße von einer Ordnung der innerpolitischen Verhältnisse abhängig ist, drang man von deutschnationaler Seite darauf, daß diese innere Neuordnung nicht nur im Reiche, sondern auch in Preußen angestrebt werde, ohne allerdings dieser Forderung den provozierenden Charakter eines Ultimatums zu geben.

Man ging noch weiter und erklärte sich sogar mit der Kompromißformel einverstanden, daß die deutschnationale Fraktion gebeten werden sollte, nochmals an die bürgerlichen Parteien im preußischen Landtag heranzutreten, um mit ihnen die Bildung einer bürgerlichen Regierung in Preußen zu besprechen. Heute morgen um 11 Uhr ist diese Besprechung aufgenommen worden, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob um 12 Uhr die Reichstagsfraktionen erneut zusammentreten, um das Kabinett Stegerwald zu bilden. Stegerwald selbst hat mit Rücksicht auf diese entscheidende Aussprache den ihm übergebenen Auftrag noch nicht in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt. Führt die Aussprache nicht zum Ziele, so ist Stegerwald leider nicht in der Lage, eine auf einer Minderheitskoalition beruhende Regierung zu schaffen, da der Reichspräsident ihn im Gegensatz zu Herrn von Kardorff und dem Beamtenkanzler Albert das **Auflösungsdekret verweigert** hat.

Herr Ebert macht für diese unparlamentarische Handlungsweise Gründe geltend, die nicht stichhaltig sind. Der wirkliche Grund dürfte darin bestehen, daß sowohl Kardorff als auch Albert dem Reichstag erneut das Ermächtigungsgesetz vorgelegt hätten. Dies wäre dann von den Sozialdemokraten abgelehnt worden, die so auf bequeme Weise zu der langgesuchten Wahlparole: „Für Verfassung und Parlament und gegen die Diktatur!" gekommen wären. Herrn Eberts Plan wurde dadurch vereitelt, daß bei Volkspartei und Zentrum doch das bürgerliche Gewissen stärker war, als man bei den Sozialdemokraten hoffte. Also mußten die Demokraten in die Bresche springen und diese brachten ihre unmögliche Forderung vor, daß an der Koalition in Preußen nicht gerüttelt werden darf.

Bringen sie auf diese Weise eine dem Willen des Volkes entsprechende Bürgerregierung zum Scheitern, so hoffen sie, unterstützt auf die linken Flügel im Zentrum und in der Volkspartei, entweder das Stresemann-Kabinett wieder zustande zu bringen oder gar die Weimarer Koalition wieder herstellen zu können, die infolge der sozialistischen Vereinigung ja über eine Mehrheit im Reichstage verfügt. Die Sozialdemokraten würden durch eine solche Regierung aller Aengste entholten sein. Die Verwaltungsmacht in Preußen bliebe erhalten und im Reiche wäre sie überall entscheidend beteiligt oder müsse ihre Forderung in brutaister Form geltend machen.

Erkennt doch der „Reichsministerpräsident a. D." Herr Scheidemann bereits im „Kasseler Volksblatt" die Ansprüche der SPD. in unverhüllter Form an, indem er verbreiten läßt, daß man sich nach den gemachten Erfahrungen auch mit der Großen Koalition wieder einverstanden erklären würde. Eine der Hauptforderungen der Sozialdemokraten ist und bleibt die Aufhebung des Belagerungszustandes, eine Forderung, bei der aber auch der Inhaber der vollziehenden Gewalt ein Wörtchen mitzureden hat, auf den sich aller Augen mit Erwartung richten. Man glaubt, diese Intrigen können jeden Augenblick durch bürgerliche Entschlossenheit zerrissen werden. Aber zur Begründung dieser Forderung steht nur noch ganz wenig Zeit zur Verfügung, die ein Weiterbestehen der Krise nicht mehr länger erlaubt. Die Hauptentscheidung muß in den nächsten Stunden fallen.

Die demokratisch-sozialistische Waffenbrüderschaft

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. November.

In deutschvölkischen Kreisen betrachtet man die Entwicklung der Dinge im Reichstag mit einiger Genugtuung. Man sieht in dem Verhalten der Demokratischen Partei einen Beweis dafür, daß zwischen Sozialdemokratie und Demokratie offenbar aus der Zeit der Revolution her eine Art Waffenbrüderschaft sich erhalten hat, denn sonst wäre es nicht verständlich, daß sich der Demokratischen Partei nahestehende internationale Kreise offenbar hinter den roten Hundertschaften des Herrn Severing sicherer vor der kommunistischen Gefahr fühlen als unter dem Schutz der Reichswehr. Offenbar bestünde zwischen diesen Kreisen und den bei dem Krawall in der Grenadierstraße Geschädigten ein gewisser Zusammenhang. Unter diesen Umständen aber wird das Verhalten des Kommandeurs der Reichswehr nicht unverständlich und man bekommt den Eindruck, daß dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die Tatsache noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß auch auf dem Schlachtfelde der Politik der Gegner ebensowenig sichtbar ist wie im Kriege.

Ein überparteiliches Kabinett Stegerwald?

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. November.

Um ½3 Uhr verbreitete sich im Reichstage das Gerücht, daß die bürgerliche Mehrheit gemeinsam beschlossen habe, erneut an Herrn Stegerwald hereinzutreten und ihn zu bitten, die Bildung der Regierung auf überparteilicher Grundlage zu übernehmen. Stegerwald würde sein Kabinett nach Persönlichkeiten zusammenstellen, die zum größten Teil in den letzten Kombinationen bereits genannt worden sind. Da auch die deutschnationale Volkspartei erklärt hat, daß sie einer Reichskanzlerschaft Stegerwald nicht ablehnend gegenüberstehen würde und da voraussichtlich ein oder mehrere Vertreter der deutschnationalen Volkspartei in diesem Kabinett vertreten sein werden, so scheint die Bildung eines Kabinetts Stegerwald ohne ausgesprochen parteiliche Bildung so gut wie gesichert.

Die Koalition in Preußen

Bei den Besprechungen über die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung im Reich stand zuletzt die Frage des Weiterbestehens der „Großen Koalition" in Preußen im Vordergrund. Diese Frage hatte sich sogar so zugespitzt, daß an ihr noch in letzter Minute die aussichtsreichen Verhandlungen zu scheitern drohen. In der Abwehrstellung, zu der die deutschnationale Partei gegenüber irreführenden Meldungen der Ullsteinpresse gezwungen worden war, hatte sie in einer amtlichen Erklärung darauf hingewiesen, daß sie bereit sei, in ein bürgerliches Koalitionskabinett Stegerwald einzutreten, wenn ausreichende Sicherheiten dafür vorliegen, daß anstelle der Großen Koalition in Preußen eine bürgerliche Koalition einschließlich der Deutschnationalen herbeigeführt wird, bei der die letzteren in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise vertreten sind. Man wird nicht behaupten können, daß diese deutschnationale Erklärung einen ultimativen Charakter trägt in dem Sinne, daß die entschlossene Rechtspartei nur dann zur Teilnahme an der Regierungsbildung bereit wäre, wenn zu gleicher Zeit auch eine Umbildung der Regierung in Preußen vor sich ginge. Hätte die deutschnationale Partei eine ultimative Form wählen wollen, so darf man ihr zutrauen, daß sie eine solche in klarer Eindeutigkeit auch gefunden hätte. Gerade der Umstand, daß sie von „Sicherheiten" spricht, beweist, daß sie sich keiner Täuschung darüber hingibt, wessen Angelegenheit in erster Linie die Regelung der preußischen Koalitionsfrage ist und wer berufen ist, hier die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Man darf annehmen, daß sowohl innerhalb der Volkspartei, als auch beim Zentrum die Stimmen derer, die für eine reinliche Scheidung von den Sozialisten eintreten, so gewichtig sind, daß sie auch von den Landtagsfraktionen in Preußen gehört und beachtet werden. Jedenfalls ist in den Verhandlungen der deutschnationalen Partei mit diesen beiden bürgerlichen Parteien durchaus zum Ausdruck gekommen, daß die Herstellung einer Homogenität der Regierungen im Reich wünschenswert ist und daß bereits beachtliche Bemühungen eingesetzt haben, sie zu erstreben. Diese Bemühungen sind aber einer Partei auf die Nerven gefallen, die bisher dem drohenden Bürgerblock gegenüber schmollend im Winkel gestanden hat und die größten Anstrengungen machte, um eine Einigung des Bürgertums zu hintertreiben. Die Demokraten, die weder ihrer Stärke nach noch wegen des Vertrauens, das sie in der deutschen Bevölkerung genießen, besonderen Anspruch auf Einfluß bei wichtigen politischen Entscheidungen machen können, infolge ihrer glücklichen parlamentarischen Lagerung aber immer so etwas als das Zünglein an der parlamentarischen Wage darstellen, versuchten auch diesmal wieder, diese günstige Stellung rücksichtslos und brutal auszunützen. Da es ihnen schon nicht gelang, das Zusammenkommen der großen bürgerlichen Parteien zu verhindern, sie aber andererseits nicht jeder politischen Bedeutung verlustig gehen wollten, und dabei doch ihren Freunden, den Sozialdemokraten, Handlangerdienste leisten möchten, so rückten sie auf einmal mit der Forderung heraus, daß die Koalition in Preußen unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müßte. Und diesen kleinen Gernegroße, die man im nationalen Lager viel lieber außerhalb der neuen Koalition denn in ihr sähe, haben ihre unhaltbare Forderung in ultimativer Form gestellt. Sie werden sich hoffentlich mit einer Antwort bescheiden müssen, die sie etwas zur Bescheidenheit mahnt, und die zugleich die notwendige Klarheit über die

29. November:

1 Goldmark	(Mittelkurs)	1 000 000 000 000
„	(Geldkurs)	997 500 000 000
„	(Briefkurs)	1 002 500 000 000
Dollarschatzanleihe	.	—
Goldanleihe	. . .	—
1 Dollar	Brief	4 210 500 000 000
	Geld	4 189 500 000 000
1 Pfd. Sterling		18 446 000 000 000
1 holländ. Gulden		1 664 000 000 000

(Ohne Gewähr.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192311301-14/fragment/page=0001

preußische Frage schafft. Die Regierungsnormung in Preußen ist selbstverständlich eine Frage, die in erster Linie die preußischen Fraktionen angeht und die vom Reich aus nicht über den Kopf des preußischen Landtags hinweg in Angriff genommen werden kann, es sei denn, daß sich in Preußen ähnliche Verhältnisse wie in Sachsen herausbilden, die im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung ein Eingreifen der Reichsbehörden erforderten. Die Deutschnationalen haben ihrem Wunsch auf eine Neubildung der preußischen Regierung so unzweideutig Ausdruck gegeben, weil sie der Ueberzeugung sind, daß eine bürgerliche Reichsregierung in ihrer Wirkungsmöglichkeit an allen Ecken und Enden gehemmt ist, solange die Verwaltung des größten Bundesstaates in sozialistischen Händen liegt, die selbstverständlich alles tun werden, einer bürgerlichen Reichsregierung Schwierigkeiten zu bereiten. Da dies vorauszusehen ist, so wäre es gewiß wünschenswert und auch der politischen Reinlichkeit dienlicher, wenn die in der preußischen Koalition vertretenen Bürgerparteien die Folgerungen aus der veränderten Lage im Reich sogleich gezogen und den Sozialdemokraten auch in Preußen die Freundschaft aufgekündigt hätten. Aber was nicht heute ist, kann sich morgen zwangsläufig schon ergeben. Die politische Entwicklung hat ihre Gesetze, gegen die taktische Geschicklichkeit und parlamentarisches Gegreine auf die Dauer nicht ankommt, wie das eben noch durch das Schicksal des Kabinettes Stresemann und erst recht durch den Verlauf des Albert'schen Versuches bewiesen worden ist. Das Bestreben der Demokraten, dieser Entwicklung rote Ketten anzulegen, ist ein Versuch am untauglichen Objekt. der ihnen selbst teurer zustehen kommen dürfte als der bürgerlichen Regierung, zu deren Behinderung er unternommen wurde. Die politische Entwicklung in Deutschland steht im Zeichen der Reaktion, der Reaktion auf das Novemberverbrechen, der Reaktion auf die demokratisch-pazifistisch-sozialistischen Mißwirtschaft und im Zeichen des Wiedererwachens aller aufbauenden und nationalen Kräfte im Reich und in den Ländern. Gegen diese Zeichen anzukämpfen, ist vergebens.

Die französische Presse zum Fiasko Stegerwalds

Paris, 29. November.

Die Morgenblätter melden das Scheitern einer Kombination eines neuen Ministeriums Stegerwald. Die Blätter bedauern, daß die Ministerkrise in Deutschland immer noch anhält und das um so mehr, als die momentane Lage Deutschlands eine rasche Lösung dieser Krise nötig macht. Im allgemeinen betonen die Morgenblätter, daß sich die große Masse des Volkes nunmehr um die Persönlichkeit des neuen Ministers nicht mehr zu bekümmern scheint, sondern lediglich den Wunsch habe, durch eine neue Regierung aus der traurigen Lage befreit zu werden.

Sehr richtig, und zwar durch eine nationale Regierung, die auch mit Frankreich in einem anderen Tone redet.

Baldwin junior gegen Baldwin senior

London, 28. November.

Oliver Baldwin, der sozialistische Sohn des Ministerpräsidenten, betätigt sich eifrig am Wahlkampf und kann sich dabei in radikalen Angriffen gegen die Regierung und die Politik seines Vaters nicht genug tun. So sprach er gestern in Buckingham vor 1500 Personen in einer Wahlversammlung der Arbeiterpartei und erklärte, die jetzige Regierung habe noch nichts anderes getan, als die Hände zu ringen. Eine solche Außenpolitik sei geradezu schrecklich. Die Regierung spreche jetzt so viel von Schutzmaßnahmen, die sie zum Wohle des Landes ergreifen wolle. Die beste Schutzmaßnahme sei seiner Meinung nach die, die das Volk vor einer solchen Regierung wie der gegenwärtigen schütze.

Hilfe aus Oesterreich

Wien, 29. November.

Im Finanz- und Budgetausschuß, der gestern den sozialistischen Antrag auf Bewilligung einer Spende von 10 Milliarden Kronen für die Notleidenden Deutschlands verhandelte, wurde ein Antrag angenommen, in dem erklärt wird, die Bevölkerung müsse alles tun, um die Hilfsorganisationen zu unterstützen und beizutragen, die große Notlage der deutschen Brüder zu lindern.

England und die Ruhrbesetzung

London, 28. November.

Die „Times" schreibt, daß das Abkommen mit den Industriellen des Ruhrgebietes vor die Reparationskommission gebracht werde. Der britische Vertreter dieser Kommission werde dabei damit beginnen, daß er die Gesetzlichkeit der gesamten Ruhrfrage und daher ihre Folgen anfechte. In diesem Punkte könnte es kein Kompromiß geben. Ob er in irgendeinem Stadium ein Kompromiß in der britischen Haltung gegenüber den veränderten Tatsachen gebe, werde von der Entwicklung einer folgerichtigen Politik in der Verteidigung der britischen Interessen in Europa abhängen. Die alleinige Frage der Reparationen sei auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Franzosen müßten die Folgen für ihre vorsätzliche Aktion tragen. Keine britische Regierung könne auf britische Rechte und Ansprüche in Europa verzichten. Es werde die Aufgabe sowohl einer festen wie geschickten Diplomatie sein, sie unter den neuen Umständen sicherzustellen.

London, 28. November.

Die „Times" schreibt in ihrem Leitartikel, Baldwin habe gestern mitten in dem angestrengten Wahlfeldzug Zeit gefunden, London einen kurzen Besuch abzustatten. Es sei zu hoffen, daß er im Laufe seines Besuches der schwierigen europäischen Lage einige Aufmerksamkeit widmen könnte. Eine sehr wichtige Seite der Lage sei gestern in einer Konferenz im Foreign Office erörtert worden. Die Hauptfrage, die auf der Konferenz besprochen worden sei, sei, wie verlautet, die Notwendigkeit der Anpassung der Verwaltung des von England besetzten Gebietes des Rheinlandes an die durch die französische Politik im Rheinland und Ruhrgebiet geschaffenen Verhältnisse gewesen. Die „Times" meint, es sei die dringende Pflicht der britischen Regierung, die wesentlichen Interessen Großbritanniens in Europa zu schützen. Großbritannien stehe vor der Notwendigkeit, seine Haltung gegenüber dem großen Wechsel, der sich in Europa vollzogen habe, von neuem zu bestimmen. Die Kontrolle des Ruhrgebietes sei jetzt endgültig von Berlin in französische Hände übergegangen. Jetzt müsse dem oberflächlichsten Beobachter klar werden, daß die Franzosen in folgerichtiger Methode vorgegangen seien. Das Hauptinteresse der Franzosen richte sich im Augenblick auf die Entwicklung der Organisation und Ausbeutung des großen Gebietes, das sie jetzt, wo es von Deutschland tatsächlich losgelöst sei, anscheinend für eine unbestimmte Zeit von Jahren besetzt halten wollen. Eine solche Politik entspreche in keiner Weise den Interessen Englands oder den Erfordernissen einer friedlichen Regelung der europäischen Angelegenheiten nach britischer Auffassung. Sie habe Zustände geschaffen, die durch keinen Paragraphen des Versailler Vertrages gerechtfertigt werden können. Frankreich habe eine neue Lage in Europa geschaffen, in der die Teilnahme Großbritanniens an der Rheinlandkommission und der Reparationskommission von neuem erhoben werden müsse.

Wir entschuldigen uns schon wieder

Paris, 29. November.

Der deutsche Geschäftsträger stattete gestern dem Vorsitzenden der Botschafterkonferenz Jules Cambon anläßlich des Leipziger Zwischenfalles einen Besuch ab. Der Geschäftsträger hatte vor einigen Tagen in der gleichen Angelegenheit einen Schritt bei der französischen Regierung, der deutsche Geschäftsträger in Brüssel einen solchen bei der belgischen Regierung unternommen.

Erwiesen ist, daß sich die belgischen Offiziere in Leipzig unerlaubte Handlungen zuschulden kommen ließen, ein Unrecht ihnen also bei ihren Verhaftungen nicht zugefügt wurde. Warum also schon wieder ein Canossagang?

Italienisch-spanische Annäherung

Madrid, 28. November.

„Eftrella del Mar" schreibt, die spanisch-italienische Annäherung bedeute keine Gehässigkeit gegen Frankreich. Spanien wolle mit allen Völkern in Frieden leben, wünsche aber, eine beachtete Stellung einzunehmen und die unpatriotische Politik derjenigen zu beenden, die nach Pariser Vorschrift regierten.

Französische Sorgen wegen einer Annäherung zwischen Italien und Spanien

Paris, 29. November.

Es verlautet, daß während der Reise des Königs von Spanien nach Italien zwischen Primo de Rivera und Mussolini Besprechungen gepflogen worden sind, die eine Annäherung zwischen Italien und Spanien bezweckten im Sinne der Verträge, die 1887 zwischen beiden Ländern zustandekamen und den Eintritt Spaniens in den Dreibund bezweckten. Nach sicheren Informationen haben sich allerdings Mussolini und Primo de Rivera in der Hauptsache mit den handelswirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder beschäftigt, aber die italienischen und spanischen Blätter scheinen die Mutmaßungen bezüglich der Absichten eines Bündnisses zwischen Italien und Spanien zu rechtfertigen.

Aus diesen Pariser Mutmaßungen geht die Angst der Stegernation Frankreich in erster Linie hervor.

Das Fiasko der Rheinischen Republik

Koblenz, 28. November.

Wie die „Düsseldorfer Nachrichten" erfahren, hat die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik in einem heute an den Oberkommissar Tirard gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der Generalbevollmächtigte teilt auch dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission mit, daß in den letzten Tagen bereits drei Mitglieder des Kabinetts ausgeschieden seien, nachdem es sich schon vor etwa vier Tagen in zwei Teile gespalten habe, von denen jeder für sich Kabinettsbeschlüsse gefaßt habe. Aus der sogenannten, inzwischen durch das Kabinett aufgelösten „Obersten Heeresleitung" hat sich eine Militärdiktatur herausgebildet, wobei ein Sekretär namens Rosenbaum (!) die Hauptrolle spiele. Bezeichnend ist das offene Eingeständnis am Schluß des Schreibens, für die Auflösung sei der Umstand mitbestimmend, daß die bisherige vorläufige Regierung teils aus unfähigen und unehrlichen Menschen zusammengesetzt gewesen sei.

Die „Regierung" Matthes gestürzt

Köln, 29. November.

Wie die „K. Vz." von gutunterrichteter Seite erfährt, ist die Regierung Matthes gestürzt worden. An ihre Stelle hat sich ein Diktator namens Hector Erz gesetzt. Matthes soll nach Düsseldorf geflüchtet sein.

Das Volksopfer

Berlin, 29. November.

Der Reichsarbeitsausschuß des deutschen Volksopfers hat in seiner Sitzung am 26. November 1923 rund 800000 Goldmark zur Ausschüttung bestimmt. Von diesem Betrage wird ein Teil zur Unterstützung der Gefangenen und Ausgewiesenen, der Nest für Volksspeisungen und verwandte Notstandsmaßnahmen im besetzten Gebiet verwendet werden. Die anwesenden Vertreter aus dem Rheinlande und Ruhrgebiet sprachen die Hoffnung aus, daß auch in Zukunft aus den eingehenden Spenden und den Erträgen der seit kurzem herausgegebenen Volksopferlotsen (Notgeldmünzen) eine reichliche Unterstützung der notleidenden Bevölkerung möglich sein werde.

Die Rentenmark

Berlin, 29. November.

Der Verkauf von Rentenmark hat vorübergehend aus technischen Gründen unterbrochen werden müssen. Wie die Blätter mitteilen, hat das Personal, das die Verbuchung der Verkäufe zu besorgen hat, mit der Arbeit dem Andrang des Publikums nicht folgen können. Mit irgend welchen Vorgängen auf dem Devisenmarkt hat entgegen verschiedenen Gerüchten die Stockung nichts zu tun.

Die hohen Goldpreise

Berlin, 29. November.

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Die vielfach zu hoch angesetzten Goldpreise müssen schleunigst abgebaut werden, da andernfalls eine Konkurrenz mit dem Auslande auch in Zukunft unmöglich ist. Der Innenmarkt ist ebenfalls nicht genügend aufnahmefähig, da der frühere rentenbezieherde Mittelstand enteignet und die breiten Schichten der Bevölkerung bei den hohen Goldpreisen auch nicht kaufkräftig genug sind. Mit der Verteilung der Goldzahlungsmittel, die beschleunigt werden muß, und mit der Beseitigung künstlich zu niedrig gehaltener Einheitskurse muß einhergehen der sofortige Abbau der Risikoprämien und der zu hohen Grundpreise.

Wie soll sie heißen?

Humoreske von Adolf Lindemann.

Er sollte Rabindranath heißen, der Junge, denn daß es einer werden würde, stand bombenfest.

Deshalb wurde es ein Mädchen, und weil man darauf nicht eingestellt war, weil doch ein Junge kommen sollte, so hatte man sich mit Mädchennamen nicht eingedeckt.

Die junge Mutter litt mit ihrem Gemahl nicht so sehr unter den Folgen des Mutterwerdens als unter dieser Verlegenheit.

Man wäre sich unsagbar rückständig und lächerlich vorgekommen, hätte man einen Namen gewählt, der gleich Anneliese, Ingeborg abgegriffen war wie politische Schlagworte.

Nein, ein Kind von solchen Eltern, sie war aus feinstem Hause und er wußte auch, was das Gebot der Stunde war, ein solches Kind, noch dazu das allererste, mußte einen Namen haben, der Aufsehen erregte. Wenn die Geburtsanzeige in der Zeitung stand, der Name schräg, oben in der Ecke, denn mußte sie das Tagesgespräch bilden. Die Anzeige mußte die vorrückteten Beschlüsse des Völkerbundes in den Schatten stellen.

Die Sorge der jungen Eltern war ebenso tief wie begreiflich.

Da kam dem Vater ein rettender Gedanke. Onkel Hannibal, der bekannte Astronom, mußte raten und helfen. Er hatte die Fähigkeiten dazu, denn er hatte einer berühmten Sektmarke einen Namen gegeben, der glänzend für den perlenden Schaumwein paßte. Die Sektfirma wollte für ihren Riesling einen Namen haben, der den Superlativ des Glänzenden, Sprühenden ausdrückte. Diamanten sind glänzend, geschliffene noch funkelnder. Der schönste, strahlende Diamant ist ohne Zweifel die Sonne, wie würde erst eine geschliffene Sonne Feuer sprühen! So nannte Onkel Hannibal den Sekt Sonnenschliff. Gabs etwas Superlativeres?

Kein anderer als Onkel Hannibal war imstande, dem reizenden Mädchen solcher Eltern den allein passenden Namen aussuchen.

Der Onkel kam, besah sich die neue Erdenbürgerin von allen Seiten und sagt:

„Nennt sie Sonnenscheinchen."

„Aber Onkel, den Namen habe ich schon öfter gehört," meinte vorwurfsvoll die Mutter.

„Auch dürfte die Verkleinerungsform nicht ganz der Wesensart unserer Tochter entsprechen, zumal im Hinblick darauf, daß sie nicht immer in den Windeln liegen wird," bemerkte mit tadelndem Hinweis der Vater.

Onkel Hannibal dachte an seinen Sekt-Superlativ. Aber was für Schaumweine paßt, eignet sich nicht immer für ein Mädchen.

„Gibt es nicht noch etwas Glänzenderes als die Sonne?" fragte bescheiden die Wöchnerin.

Das grosse Astronomen Gedanken schweiften im Weltenraum umher.

„Ja, ich hab's! Eure Tochter kann nur Wega heißen."

„Wieso Wega? Der Name klingt etwas unbedeutend", verkurtelte der Vater.

„Unbedeutend?" Der Astronom runzelte die Stirn. „Wißt ihr, wer die Wega ist?"

„Vielleicht ein Sternchen, lieber Onkel", erriet die höhere Töchterschulbildung der jungen Mutter.

„Sternchen!? Oho!" Der Sternengelehrte schnappte nach Luft. „Sternchen! Die Sonne ist eine Stallaterne dagegen! Schaut nach dem Südhimmel, dort funkelt euch im Sternbild der Leier die Wega als Stern erster Größe im weißblauen Glanze entgegen! Wißt ihr, was das bedeutet, weißblauer Glanz? Würden wir unsere Sonne in dieser Entfernung sehen, würde sie uns als gelblicher Stern zweiter Größe schwach entgegenscheinen. Und was ist uns die Sonne? Sie ist uns alles, denn ohne sie wären wir nicht da, sie ist uns Licht- und Lebensspenderin! Trotzdem geht sie ihrem Erlöschen entgegen. Einst freilich sprühte auch sie im Weißglanz. Vor vielen tausend Jahren. Damals wuchsen in Grönland Palmen und das uns üppige Urwälder. Die Erde strotzte in Blütenfülle und Fruchtbarkeit. Ein Paradies war unser Globus. Und dieses herrliche Paradies bereitet jetzt die Wega, die im Frühling ihres Glanzes steht, ihren Planeten. Die Wega ist also die Sonne der Sonnen, die Königin der Fixsterne. Darum nennt eure Tochter Wega. Das heißt dann die Strahlende unter den Strahlenden, das Non plus ultra des Lichts, der Gipfel der Erleuchtheit, das Unerreichteste des Glänzenden."

„Das übertrifft sie noch beim Sektmarke, Onkel Hannibal", sagte fast atemlos der Vater.

„Gibt es vielleicht noch einen helleren Stern als die Wega?" flüsterte bescheiden-schüchtern die Mutter aus ihren Kissen.

„Daß es dir genügen!" wehrte der Onkel ab. „Wenn deine Tochter einst auf Erden so viel Licht und Leben verbreitet wie die Wega, genügt sie auch verwöhnteren Ansprüchen."

„Unterschätze bitte unser Kind nicht!" warnte der stolze Vater.

„Durchaus nicht, aber ich glaube, ihr könnt es Wega taufen, ohne Gefahr zu laufen, daß die Bedeutung des Namens hinter den Eigenschaften des Kindes zurückbleibt."

„Gewiß, lieber Onkel. Im Prinzip bin ich auch damit einverstanden. Aber du bist ja ein Genie, hast sogar einen Superlativ des Sonnenlichts gefunden bei deiner Sektmarke. Vielleicht gelingt es dir auch bei der Wega", schlug der Vater in aller Zurückhaltung vor.

Jetzt wurde der Astronom ärgerlich.

Dann nennt das Mädel meinetharben Hauptwega, damit es sich von Neben-, Fuß- und Holzwega unterscheidet."

Uraufführung am Stadttheater zu Eisenach

„Lazarus Schwendi", ein fünfaktiges Drama von Ernst Bacmeister, das dritte vollreife Werk aus dem Dramenzyklus „Innenmächte", erfuhr am Eisenacher Stadttheater seine erfolgreiche Uraufführung. Der Held des Stückes ist ein gewaltiger Kriegsmann aus der Zeit der Reformation, der seinen Freund Vogelsberger dem Kaiser Karl V. verriet, um sich dadurch die kaiserliche Gunst zu erwerben und den Ritterschlag zu erlauben. Sein diese Pläne durchschnuendes Weib führt in Reinheit des Empfindens, gestärkt durch religiöse Beeinflussung, einen Kampf gegen den Ehrgeiz und die Herrschsucht ihres Mannes. Den Sieg behält die Reinheit; denn als der rücksichtslose Streber, der selbst vor einem Verbrechen nicht halt macht, sein sich gestelltes Ziel erreicht, merkt er, daß ihm dasselbe kein Glücksgefühl und keine Befriedigung, sondern Angst und Verzweiflung bringt über die Mittel, die er angewandt, um seine weltliche Höhe zu erreichen. In seiner Angst sucht er Hilfe bei seinem treuen Weibe, das fest und stark an die Rettung seiner Seele glaubt. — Das tief innerliche Werk verrät starke selbstschöpferische dichterische Kraft und zeichnet sich durch eine edle bilderreiche Jambensprache und durch eine treffliche Charakterisierung der handelnden Personen und des Zeitgeistes aus. Der tiefe deutsche Grundgedanke ist in poetischer Weise durchgeführt und geistig und künstlerisch mit schönem Können für die Bühne behandelt. Besonders eindrucksvoll sind auch die Episodengestalten des Magisters Jürgen, der den Lazarus Schwendi zur rechten Erkenntnis seines Tuns und zur inneren Einkehr zu bringen suchte, des Abtes Mebardus, der ihn durch Intrigen aller Art wieder wankend macht, und des Gerbers Schwendi, einer derbsinnlichen Handwerkertype, charakterisiert. — Recht gut vorbereitet und mit den besten Kräften des Ensembles besetzt, erzielte die von Direktor Ernst Theiling stimmungsvoll inszenierte tiefgründige dramatische Neuheit einen tiefen Eindruck. Die Träger der Hauptrollen, Rich. Friedel (Lazarus Schwendi) und Lotte Küster (Hanna, sein Weib), wurden am Schluß der Aufführung mit lebhaftem Beifall und wiederholten Hervorrufen ausgezeichnet.

Arno König.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192311301-14/fragment/page=0002

Reichs-Landbund und Rentenbank

Berlin, 29. November.

Der Gesamtvorstand des Reichs-Landbundes nahm gestern in eingehender Aussprache folgende Entschließung einstimmig an:

„Der Reichs-Landbund erwartet von der Reichsregierung, daß sie in öffentlicher Kundgebung erklärt, jede Maßnahme, die eine Fortsetzung der Zahlungsmittel- oder einer sonst irgendwie gearteten Inflation darstellt, nicht nur zu unterlassen, sondern auch zu bekämpfen, und daß sie einen für jedermann verständlichen Ueberblick gewährt über die augenblicklichen Geld- und Finanzverhältnisse des Reiches.

Der Reichs-Landbund betrachtet die Aufhebung sämtlicher Devisenverordnungen als eine wichtige Voraussetzung für die Gesundung unserer Währung.

Der Reichs-Landbund fordert weiter von dem Reichsfinanzminister, daß er die Währungsreform einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft ehrlich und rückhaltlos durchführt, und erwartet von den Mitgliedern im Verwaltungsrat der Rentenbank, die Reichsregierung und insbesondere den Reichsfinanzminister bei Beschreitung dieser Wege anzuregen und zu unterstützen."

Putschenthüllungen im preußischen Landtag

Berlin, 28. November.

Bei Eröffnung der Sitzung verliest Präsident Leinert ein Schreiben der kommunistischen Fraktion, in dem gegen die Verhaftung der Abgeordneten Frau Wolffstein protestiert wird. Er teilt mit, daß er diese Beschwerde an den Minister des Innern weitergegeben habe. Der Minister erwidert darauf, nach den polizeilichen Angaben sei Frau Wolffstein bei der Begehung einer strafbaren Handlung verhaftet worden. Die Immunität sei also nicht verletzt. Dr. Mayer beantragt, die Freilassung der Frau Wolffstein zu beschließen oder wenigstens die Angelegenheit dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen. — Frau Wolffstein sei nicht als Teilnehmerin einer Demonstration, sondern ...iens auf dem Wege dahin auf der Schloßbrücke verhaftet worden.

Der Minister des Innern Severing weist den Vorwurf zurück, daß die Polizeiorgane die Immunität verletzt hätten. Die Immunität dürfe aber nicht als Schutzschild für Verbrechen dienen. Frau Wolffstein sei im Lustgarten während der Demonstration als Teilnehmerin und Leiterin verhaftet worden. Die eigentliche Leiterin der Demonstration, Frau Ruth Fischer, habe es darauf angelegt, blutige Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen. Diese Demonstration sei auf Befehl der Moskauer Exekutive veranstaltet worden. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Minister Severing verliest als Beweis dafür einen aufgefangenen Brief der Moskauer Exekutive. Es wird darin befohlen, daß beim Zusammentritt des Reichstages die kommunistischen Abgeordneten durch Lärmszenen ihre gewaltsame Entfernung aus dem Saale provozieren und anschließend daran der bewaffnete Aufstand proklamiert werden müßte. — Darauf verliest der Minister den weiteren Briefwechsel. Ruth Fischer weist in einem Brief auf die gestrige Demonstration hin, wei es zu Zusammenstößen mit der Polizei habe kommen lassen. Severing erklärt dazu, es handle sich hier um die Generalprobe für den großen bewaffneten Aufstand. Als die Kommunisten mit Gelächter antworten, ruft der Minister: „Ich bitte, einige Waffen auf den Tisch des Hauses zu legen!" Darauf teilt sich der Vorhang links vom Regierungstisch und mehrere Diener schleppen schwere Maschinengewehre, Gewehre und Karabiner auf den Tisch, der von den Abgeordneten dicht umlagert wird. Der Minister erklärt dazu, vom 15. November bis jetzt seien über 4000 Mauserpistolen, 500 Karabiner, 2 Dutzend schwere Maschinengewehre und viele andere kommunistische Waffen aufgefunden worden. Weitere Waffenlager seien ermittelt worden.

Tumultszenen im sächsischen Landtag

Dresden, 28. November.

In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages kam es bei der Fortsetzung der Beratungen über die kommunistischen Anträge wegen der Einsetzung der Reichswehr in Sachsen zu unerhörten Tumultszenen. Es fielen wieder die gewöhnlichen Schimpfworte gegen die Redner der Rechten. Da der Präsident keine Ruhe verschaffen konnte, ließ er die Alarmsirenen ertönen und erklärte sodann, nachdem einige Ruhe eingetreten war: Andere Mittel als Ordnungsrufe und gütliches Zureden stehen mir nicht zu Gebote. Selbstzucht üben die Herren nicht. Ich fordere Sie auf, Ihre ungezogenen Redensarten zu unterlassen. Sie müssen sich endlich daran gewöhnen, Ordnung zu halten, sonst suchen Sie sich ein anderes Präsidium. Ich danke für die Ehre, in einem solchen Hause zu präsidieren.

Dresden, 29. November.

Ueber die gestrigen Skandalszenen im Landtage wird berichtet: Als die sozialdemokratische Abgeordnete Büttner den Ausführungen eines demokratischen Redners über die bolschewistische Blutherrschaft in Rußland durch Kopfnicken zustimmte, brachte das einen ihrer Parteigenossen, den Expolizeipräsidenten Menke, gewaltig in Harnisch. Er führte mit ihr eine Auseinandersetzung, die damit endete, daß er vor ihr im Saal ausspuckte und ihr androhte, man werde auf dem Parteitag über sie noch ein Wörtchen zu reden haben. Interessant war auch die Behauptung des Ministerpräsidenten Fellisch, daß Reichskanzler Stresemann ihm in der Nacht vom 8. zum 9. November nach dem Hitlerputsch in München telegraphisch um Sachsens Hilfe gegen Bayern gebeten habe. Ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Sachsen wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Ein schwarzer Tag für die Thüringer Regierung

Weimar, 28. November.

Der gestrige Tag brachte im Landtage nach viertägigem Kampfe das Ende der politischen Aussprache und zugleich die Entscheidung. Zu Beginn sprach Dr. Witzmann (DVP.) zu den Ausführungen von Frau Duncker und Minister Greil. Er zeigt an einer Reihe von Fällen, wie es in Wahrheit mit der Ruhe und Ordnung in Thüringen bestellt ist und geißelt die Intoleranz des Volksbildungsministers und seiner Abhängigkeit von den Kommunisten. Er wies insbesondere nach, daß die Thüringer Regierung nicht in der Lage oder nicht willens gewesen sei, die Anordnungen der Reichsregierung, namentlich seit dem Eintritt des Ausnahmezustandes und nach dem Einrücken der Reichswehr, durchzuführen. Auf diese Ouvertüre folgte die Oper in einer großangelegten und glänzend aufgebauten Rede des deutschnationalen Abg. Dr. Herfurth, der in fast zweistündigen Ausführungen unter Benutzung eines überwältigenden Materials eine vernichtende Kritik der Haltung der Regierung und ihrer Parteien in den beiden letzten Jahren brachte. Die Fülle des Materials war so erdrückend und seine Güte so unanfechtbar, daß die Abgeordneten der Linksparteien, die zunächst den Saal verlassen hatten, allmählich wieder erschienen und wohl oder übel seiner Rede zuhörten. Aber keiner von ihnen ergriff zur Verteidigung das Wort. Herr Kahnt, der sich gemeldet hatte und doch sonst besonders gewaltig das Gefilde zu durchdröhnen gewöhnt ist, zog seine Wortmeldung zurück. Auch der Herr Greil und Dr. Rittweger als Vertreter der Justiz schwiegen zu all den furchtbaren Angriffen, die sich gerade gegen ihre Ministerien gerichtet hatten und trotzdem Dr. Witzmann das jüngste Schwurgerichtsurteil in Weimar als Justizskandal und Dr. Herfurth die Tätigkeit des Volksbildungsministers als Kulturschande bezeichnet hatte. Auch die Versuche der beiden Minister Frölich und Hermann, die sozusagen als Offizialverteidiger sprachen, aus der Situation zu retten, was noch zu retten war, scheiterten kläglich, weil sie beide gezwungen waren, entschieden von ihren bisherigen kommunistischen Regierungsmitgliedern und Freunden abzurücken. Charakteristisch war fast weniger das, was sie sagten, denn das war inhaltlich sehr dürftig, als das, was sie nicht sagten. Zu den allermeisten Vorwürfen schwiegen sie überhaupt völlig und man merkte auch deutlich, daß sie bei manchen ihrer Reinigungsversuche ein recht schlechtes Gewissen hatten. So insbesondere, wenn sie es verteidigen wollten, daß sie die Teilnehmer am Deutschen Tage in Gotha in einer Eingabe an den Reichskanzler als „Gesindel" bezeichnet hatten. Sie hatten doch wohl alle beide das Gefühl, daß auf diese Weise ein ersprießliches Arbeiten im Thüringer Landtag je länger, je weniger möglich wird. Was nun werden soll, weiß kein Mensch. So wie es ist, kann es nicht bleiben. Mit den Kommunisten können nach dem Geschehenen die Sozialdemokraten unter keinen Umständen mehr zusammengehen oder etwa doch?

Die Sünden der Stresemann-Partei

Von deutschnationaler Seite wird uns geschrieben:

Der Vorsitzende des Landesverbandes Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. Carlsson, hat in einem am letzten Sonnabend veröffentlichten Begrüßungstelegramm Herrn Dr. Stresemann nach seinem Rücktritt als Reichskanzler der alten Treue des Landesverbandes versichert. Diese Handlung war verständlich und edel. Weniger verständlich und weniger vornehm war, daß Herr Dr. Carlsson diese Gelegenheit benutzen zu sollen glaubte, gegen die Deutschnationale Volkspartei öffentlich als die Anstifterin einer planmäßigen, verantwortungslosen Bekämpfung des Herrn Stresemann zu Felde zu ziehen.

Herr Dr. Carlsson weiß genau, daß Herr Dr. Stresemann vor allem durch die Sozialdemokratie gestürzt worden ist, die mit ihren 180 Stimmen jederzeit die Möglichkeit gehabt hätte, ihn zu halten, daß also der Sturz gerade durch die Partei herbeigeführt ist, welche Dr. Stresemann seit reichlich 2 Jahren mit den bürgerlichen Parteien der Mitte zu einer großen Koalition zu verschmelzen beabsichtigte, und welche er in seiner Reichstagsrede am vergangenen Donnerstag durch eindringliches Werben wieder zu gewinnen versuchte.

Es mutet etwas eigenartig an, daß Herr Dr. Carlsson gerade gegen die Deutschnationale Volkspartei den Vorwurf planmäßiger Kanzlerstürzerei erhebt. Es mag darüber hinweggesehen werden, daß Herr Dr. Carlsson nach seiner ruhmlosen Episode als Führer des Bundes der Republikaner Mitglied des Vorstandes im Volksverein Halle-Saalkreis der Deutschnationalen Volkspartei gewesen ist und dort erst austrat, als er die von ihm erstrebte Machtstellung nicht erreichte. Von Bedeutung ist vielmehr, daß sich Herr Dr. Carlsson in seinem Begrüßungstelegramm zwei Gesichtspunkte für Herrn Dr. Stresemann bedient, die nur gegen ihn verwandt werden können. Es entbehrt nicht des Reizes, das Kabinett Stresemann als bürgerlich nationales Kabinett zu bezeichnen, da nicht gesagt ist, welches von den vier Stresemann-Kabinetten gemeint ist — ob eins von den mit den Sozialdemokraten gebildeten oder eins von den nach dem Austritt der Sozialdemokraten übriggebliebenen.

Wunsch und Absicht des Herrn Stresemann sind doch offensichtlich dahin gegangen, die Sozialdemokratie unter allen Umständen in die Reichsregierung aufzunehmen. Gerade aus dieser Meinungsverschiedenheit ergab sich der Gegensatz zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und der Stresemann-Partei. Daß aus den ursprünglichen Koalitionskabinetten zweimal die Sozialdemokraten ausgetreten sind, beweist nichts für den bürgerlich-nationalen Willen des abgetretenen Herrn Reichskanzlers. Die Reichstagsrede am vergangenen Donnerstag zeigt vielmehr, daß im letzten Augenblicke, als die sozialdemokratische Partei ihr Mißtrauensvotum bereits beschlossen hatte, Herr Dr. Stresemann noch immer nicht den Entschluß fand, bewußt das Ruder nach rechts herumzuwerfen. Auch aus der Tatsache, daß er nach Ablehnung des Vertrauensvotums trotz vorher in der Presse veröffentlichter Drohungen den Reichstag nicht aufgelöst hat, geht hervor, daß Herr Stresemann nicht den Willen besaß, der Sozialdemokratie Unannehmlichkeiten zu bereiten. Mit Herrn Dr. Carlsson geht die deutschnationale Politik völlig dahin einig, daß sie, wenn überhaupt ein parlamentarisches Kabinett, heute nur ein bürgerlich-nationales Kabinett für möglich hält, und daß dieser Reichstag schon lange hätte aufgelöst werden müssen.

Wir stellen mit Befriedigung solche deutschnationalen Gedankengänge bei dem 1. Vorsitzenden des Landesverbandes Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei fest, wobei ununtersucht bleiben soll, ob sie auf dessen frühere Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Volkspartei zurückzuführen sind.

Wir erklären offen, daß die Deutschnationale Volkspartei Herrn Dr. Stresemann ihr Vertrauen versagt hat, weil er mit der erforderlichen Energie nicht auf ein bürgerlich-nationales Kabinett hinsteuerte und insbesondere nicht die Entschlußkraft aufzubringen vermochte, nach Auflösung des Reichstages diktatorisch die Geschäfte Deutschlands zu führen und die Abkehr von sozialistischen außen- und innenpolitischen Prinzipien durchzusetzen.

Gegen den Vorwurf der „unverantwortlichen" Bekämpfung verwahren wir uns auf das entschiedenste.

Aus aller Welt

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken

Stollberg (Rheinland), 29. November.

Beim Schlittschuhlaufen auf dem Glashüttenweiher brachen 15 Personen ein. Sechs ertranken.

Ein Ueberfall bei Rudolf Herzog. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Köln drangen in das Haus des Dichters Rudolf Herzog „Die obere Burg" bei Rheinbreitbach Sonderbündler ein, erbrachen die Schränke und raubten, was ihnen in die Hände fiel. Der Dichter selbst wurde mit vorgehaltenem Revolver einer Leibesuntersuchung unterzogen.

Tragischer Tod. Der spanische Grande Graf Revillagi Gigedo, Senator durch Geburt, wurde bei einem Besuch im Hause seiner Mutter durch einen elektrischen Aufzug erdrückt und starb auf qualvollste Weise in Gegenwart seiner Frau und seiner Kinder.

Die ersten Wucherer im Arbeitshaus. Aus Karlsruhe wird berichtet: Der erste Transport von durch die Polizei festgenommenen Wucherern und Schiebern ist im polizeilichen Arbeitshaus Kislau eingetroffen. Die Wucherer und Schieber werden dort wie im Arbeitshause üblich beschäftigt und beköstigt. Sonderwünsche, wie auch Beschäftigung nur mit Schreibarbeit oder dergleichen werden nicht berücksichtigt.

Der Ausbau der bayerischen Großwasserkräfte. Ein für den Ausbau der bayerischen Großwasserkräfte wichtiger Vertrag ist zwischen der Deutschen Reichsbahn und den Aktiengesellschaften „Mittlere Isar" und „Walchenseewerk" abgeschlossen worden. Danach beteiligt sich die Deutsche Reichsbahn an den Aktiengesellschaften und an dem Aktienkapital dieser beiden großen Kraftgewinnungsgesellschaften.

Eine neue Insel. Aus Rangoon wird dem Exange Telegraph gemeldet, daß im Bengalischen Meerbusen infolge von vulkanischen Ausbrüchen ein Stück Erde über die Oberfläche des Ozeans getrieben ist. Diese neue Insel ist 300 Meter lang und 150 Meter breit. Sie erhebt sich zurzeit 10 Meter über dem Wasserspiegel des Meeres.

Rohölquellen in Kamtschatka. Eine von Kamtschatka zurückgekehrte Expedition hat über die Entdeckung reichhaltiger Rohölquellen von ungewöhnlicher Qualität berichtet.

Druck und Verlag von Otto Thiele. Verantwortlich für die Politik: Adolf Lindemann; für Volkswirtschaft und Mitteldeutschland: Hermann Huth; für Lokales, Kunst und Unterhaltung und Sport: Dr. Erich Sellheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle.

Weiche die Wäsche mit Henko ein!
Du sparst an Seife und Waschmittel und erleichterst Dir das Waschen
Henko Henkel's Wasch- und Bleich-Soda bewährt seit einem halben Jahrhundert für Wäsche u. Hausputz

Leuna-Notgeld.
Wir kündigen hiermit unsere im Verkehr befindlichen Gutscheine über
100 und 500 Milliarden und 1 Billion Mark
zur Einlösung bis Ende Dezember 1923. Nach Ablauf dieses Termines verlieren die Scheine ihre Gültigkeit.
Die Einlösung erfolgt bei den auf der Rückseite der Scheine angeführten Stellen.
Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß bis zum 31. Dezember 1923 die vorgenannten Scheine unbedenklich im Verkehr bleiben können. Wir bitten die Behörden und Geschäftskreise, bis dahin das Zahlungsmittel anzunehmen.
Nach dem 31. Dezember 1923 sind dann nur noch unsere **wertbeständigen** Notgeldscheine über 1/10 Dollar = 42 Goldpfennige umlauffähig.
Leuna-Werke, im November 1923.
Ammoniakwerk Merseburg
Gesellschaft mit beschr. Haftung.

Wir geben hierdurch bekannt, daß wir ab Montag, den 26. November, Einlagegelder auf provisionsfreie
Rentenmarkkonten
entgegennehmen und wie folgt verzinsen:
4 % jährlich bei täglicher Verfügung,
6 % jährlich mit einmonat. Kündigungsfrist.
Verbandssparkasse mit Bankabteilung der Mansfelder Kreise und Städte,
Eisleben.

Stellen-Angebote

Corned Beef, Schmalz, Speck, Milch.
Leistungsfähige Hamburger Importeure such. bei Werkskantinen eingeführte Vertreter. Ia Referenzen erforderlich. Angebote unter Z. 3874 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Stadtreisende
sucht **Otto Westphal**, G. m. b. H., Kohlengroßhandlg., Cauenaerweg.

Lernende für Damenschneiderei, nur 1 Jahr Lehrzeit, gesucht. Offert. unter Z. 3869 an die Geschäftsstelle dies. Ztg.

Stellen-Gesuche

Junger Kaufmann,
zuletzt als Lagerist im Getreidegeschäft tätig, sucht Stellung gleich welcher Art zum 1. Januar. Off. unter Z. 3870 an die Geschäftsstelle dies. Zeitg.

Gerichtsassessor, Dr. jur., sucht entgeltliche
Beschäftigung,
gleichviel welcher Art. Angebote unter Z. 3867 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Miet-Gesuche

Hauptmann a. D.
sucht
gutmöbl. Zimmer.
Zuschriften unt. Z. 3875 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein bis zwei freundlich
möblierte Zimmer
v. einzeln. Herrn gesucht. Off. unt. Z. 3873 an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Laden
sucht
Schuh, Hedwigstr. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192311301-14/fragment/page=0003

Licht-Spiele

Am Riebeckplatz. Am Riebeckplatz.

Schon ab heute Donnerstag!

Der Film der rassigen Frauen! der interessanten Männer! der elegantesten Toiletten! der prachtvollsten Ausstattung, der eleganten Welt!

Frauenmoral

6 Akte — Die Vergangenheit einer schönen Frau! — 6 Akte

In der führenden Rolle

Helene Makowska.

Das Leben der Großstadt mit seinem sonnigen Glanz zieht an uns vorüber, mit seiner Bejahung der erdhaften Instinkte, **der Freude an der diesseitigen Welt.**

Die Stärke dieses Filmwerkes

liegt nicht nur in der wunderbaren Aufmachung, nicht nur in dem Reiz der prachtvollen Toiletten, **sie liegt im Inhaltlichen,** in dem tragischen Konflikt, der mit feinsten Fasern im Menschlichen wurzelt und deshalb zu erschüttern vermag, daß jedem einzelnen eines Lebens dunkles Geschehen u. tragische Verkettung zeigt.

Hier ist ein echtes Stück Leben in verschwenderisch schönen Szenen zur packenden Bilderpracht vereinigt.

Hierzu:

2 prächtige, humorsprühende

„Er"-Harald Lloyd-Lustspiele.

Frei- und Ehrenkarten nur Montag gültig. — Pressekarten Donnerstag und Freitag gültig.

Anfang Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Der Riesen-Erfolg!

zwingt uns,

den populärsten Film der Welt:

Mutter!

um 1 Woche zu verlängern.

Ab heute Donnerstag in den

C.T.-Lichtspielen, Gr. Ulrichstraße 51.

Aufführungen: Werktags 4.00 6.20 8.15 Uhr
Sonntags 3.00 4.45 6.30 8.20 Uhr.

– – – Jugendliche haben Zutritt! – – –

Frei- und Ehrenkarten ungültig. — Pressekarten nur Donnerstag gültig.

Stadt-Theater

Freitag 7½ Uhr:
Der Schatzgräber.
Ende nach 11 Uhr.
Sonnabend:
Improvisationen im Juni.

Bad Wittekind

Morgen Freitag 4 Uhr nachmittags **Kaffee-Konzert.** 8 Uhr abends **Gesellschaftsabend mit Tanz** für Karteninhaber.

Empfehle für diese Woche
prima frische Hasen.
E. Riemer,
Wörmlirstraße 101
und **Wochenmarkt.**
Telephon 3484.

H. Schnee Nachf. Gr. Steinstraße 1
Erstes Spezialgeschäft für gute **Strumpfwaren und Trikotagen.**

Gold-,
Silber-Schmuck, Bruch,
Brillanten,
Uhren aller Art.
Ringe, Ketten usw.
kauft stets seit 1883
Herm. Schindler,
Uhrmachermeister u. Juweliere,
II. Ulrichstrasse 35.

Deutsche Grube bei Bitterfeld, A.-G.

4½ % Teilschuldverschreibungen von 1909.

9. Verlosung im Oktober 1923. Zahlbar im Januar 1924.

Lit. A à 1000 M. Nr. 57. 73. 124. 129. 227. 237. 259. 265. 272. 276. 303. 331. 337. 365. 401. 448. 617. 649. 661. 672. 685. 689. 710. 719. 737. 809. 870. 877. 909. 917. 919. 949. 966. 973. 978.

Lit. B à 500 M. Nr. 11. 29. 59. 60. 81. 89. 108. 151. 154. 159. 161. 167. 188. 190. 199. 233. 242. 247. 256. 263. 265. 279. 309. 345. 353. 356. 389. 396. 405. 410. 437. 439. 453. 492. 500. 506. 511. 528. 538. 554. 556. 563. 592. 623. 643. 646. 651. 710. 711. 718. 730. 737. 744. 750. 754. 764. 765. 766. 826. 828. 871. 889. 899. 902. 936. 953. 954. 956. 961. 977.

Auf Grund der Anleihebedingungen kündigen wir hiermit den noch im Umlauf befindlichen Rest der 4½ % Teilschuldverschreibungen unserer Anleihe vom Dezember 1909 zur Rückzahlung zum 1. April 1924.

Um der Geldentwertung Rechnung zu tragen, bieten wir den Inhabern der gekündigten Teilschuldverschreibungen, die ihre Obligationen in der Zeit vom 10. Dezember 1923 bis zum 10. Januar 1924 bei den unten genannten Banken zwecks Tilgung einreichen, für je 1000 M. Teilschuldverschreibungen 1 Dollar für je 500 M. Teilschuldverschreibungen ½ Dollar der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) an. Die gleiche Vergütigung gewähren wir demjenigen Inhaber der oben genannten Teilschuldverschreibungen, dessen Stücke auf Grund der im Oktober 1923 stattgehabten Auslosung zur Rückzahlung aufgerufen sind.

Die Einreichung der Teilschuldverschreibungen ist börsenumsatzsteuerfrei. Diejenigen Inhaber von Teilschuldverschreibungen, die von diesem Angebot Gebrauch machen wollen, haben ihre Teilschuldverschreibungen nebst Erneuerungs- und Zinsscheinen zum 1. Januar 1924 u. ff. bei dem Bankhause **S. J. Lehmann, Halle a. S.,** sowie bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Leipzig,** einzureichen.

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen hört mit dem 1. April 1924 auf.

Deutsche Grube, im Dezember 1923.

Deutsche Grube bei Bitterfeld,
Aktiengesellschaft.

Bekanntmachung.

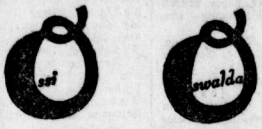
Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern von 23 361 bis 45 343 (Pfandscheine in schwarzem, braunem und rotem Druck) wird am **13. Dezember d. Js.** von **9 Uhr vormittags an** im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden. Anschließend Hund- und Radlabgegenstände.

Halle, den 17. November 1923.

Das Leihamt der Stadt Halle.

Im Auftrag
1 Getriebemotorrad
mit Kikstarter, fabrikneu, weit unter Preis zu verkaufen.
Schwarz,
Advokatenweg 2.
Telephon 5511.

UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «U



1,000,000,000.– Souper

Regie: Victor Janson.

Zu dieser lustigen fünfaktigen Komödie sind die passenden Kräfte zusammen:

OSSI OSWALDA

Hanni Reinwald — Georg Alexander — Victor Janson
Julius Falkenstein — P. Biensfeld — Robert Scholz.

Vorführung: 4.30 6.40 8.50 Uhr.

Der dritte Kopf. Lustspiel in 2 Akten mit **Hilde Hildebrandt.**

Ab morgen Freitag im

U.T **Leipziger Strasse 88** U.T

Walhalla- Lichtspiel-Theater — W.T — **Walhalla-** Lichtspiel-Theater

bringt ab Freitag, den 30. November 1923

(Sechs Akte) den Groß-Film der Saison (Sechs Akte)

Peter der Grosse!

In den Hauptrollen:

Emil Jannings

Dagny Servaes — Bernh. Goetzke.

Ein Starfilm — kraft der überragenden Persönlichkeit des Zarendarstellers — Emil Jannings. Wo hätte man einen Anderen, einen Geeigneteren für den derben, urwüchsigen Bauernzaren gefunden?

Wie packend, wenn die Mordbuben just in der Hochzeitsnacht mit Katharina den Mordstahl gegen den Tyrannen zücken! Wie aufregend, wenn er Folterjustiz am eigenen Sohn verübt, um ihm ein Geständnis zu erpressen!

Erschütternd die Szene, da der Vater mit rauchender Pistole an der Leiche des von ihm gerichteten Sohnes steht. Von stärkstem Reiz der Blutwärme alle Liebesszenen mit der bezaubernd katzenhaften Katharina der Servaes.

Die Schlacht bei Poltawa mit anstürmenden Reiterscharen, mit Pulverdampf und Sturmangriffen macht den Betrachter zum Zeugen wirklichen Kampfgetriebes . . .

Vorführung: 4.30 6.40 8.50.

Mister Mastix, der Kraftmensch.

Groteske in zwei Akten mit HANSI DEGE — GERH DAMMANN.

U.T **Alte Promenade 11a** U.T

Morgen Freitag:

Erst-aufführung

Hauptdarsteller:
Das Kind
Heinz Slawe.

Der Hund
Der Pudel Bobby.

Der sechsjährige Film-Schauspieler und sein Partner **der Hund Bobby** treten **persönlich** auf!

Endlich ein neuer Weg im Film!

Ein Kind — Ein Hund findet seinen ganz besonderen Reiz in der Geschichte eines verwundeten Pudels, der im Hundehospital den anderen Patienten die Geschichte seiner rührenden Kämpfe für seinen Herrn, einen kleinen, allen Nöten preisgegebenen Jungen, erzählt. Das Kind . . . der sechsjährige **Heinz Slawe.** Der dressierte Hund . . . der **Pudel Bobby.** Axel Günther . . . **Carl Auen.** Seine geschiedene Frau . . . **Carola Toelle.** Ausserdem wirken mit: **Colette Corder, Leonhard Haskel, Leopold v. Ledebour, Heinrich Peer.** Nachdem die Deulig-Woche.

Vorführung: 4.40 6.50 9.00 Uhr.

Edgar in der Sommerfrische. Komödie in 2 Akten.

UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA

Wintergarten.

Im großen Spiegelsaal täglich
Konzert der bayerischen Oberländler-Kapelle.
Morgen Freitag, Einlaß 7 Uhr,
öffentlicher Ball.

Billiger Fleischverkauf.

Ia Makochenfleisch zum Kochen	à Pfd.	2,000
Ia à Brat o Knoch.	à Pfd.	2,600
Ia Hammelfleisch	à Pfd.	2,000, 2,400
Ia Kalbfleisch	à Pfd.	2,000, 2,400
Ia Schweinefleisch	à Pfd.	3,400, 3,800
Ia Gebraetes Rindfleisch	à Pfd.	2,200.

Speck, Wurst, Talg, alles in großer Auswahl.
Sonntags von 8–9½ offen.

Rob. Hammer, Fleischermeister,
Kl. Klausstraße Nr. 2, am Markt.

Wer hilft?

Für die Einrichtung hallischer Wärmestuben als Zweigunternehmen der hallischen Volksspeisung werden noch geeignete Räume, 30–60 Personen fassend, für einige Nachmittagsstunden gebraucht. Wer stellt solche zur Verfügung?

Wer hilft weiter bei ihrer Einrichtung durch leihweise Hergabe von Tischen und Stühlen, durch Ueberlassung von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern?

Anmeldungen erbeten an die Firma:

Franz König & Co., Halle,
Gr. Ulrichstraße 36 in Hol.
(Fernruf 5695.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192311301-14/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 30. November.

Die † † † Kaserne †

Nach einer Verfügung des Preußischen Ministers des Innern werden die Unterkünfte der Schutzpolizei in Zukunft nicht mehr als Kasernen, sondern als „Polizeiunterkunft“ bezeichnet.

Dementsprechend wird die

Reilkaserne künftig „Polizeiunterkunft Nord“,
Artilleriekaserne künftig „Polizeiunterkunft Süd“,
Roßplatzkaserne künftig „Polizeiunterkunft Roßplatz“

genannt.

Die Kaserne ist tot, es lebe die — Polizeiunterkunft. Die Herren von ganz links möchten die Kasernen ja am liebsten gänzlich beseitigen, ein Herr von etwas weniger links, wie es Preußens Innenminister Severing ist, beseitigte nur das reaktionär-militaristische Wort Kaserne und tauschte es — wertbeständig? — gegen das schöne bürgerlich-friedliche Wort Unterkunft (bitte nicht etwa Unterstand) ein.

Das Vaterland aber ist wieder einmal gerettet!

Die Hypothekenaufwertung anerkannt

Eine wichtige Entscheidung des Reichsgerichts.

Der fünfte Zivilsenat des Reichsgerichts hat in einem gestern verkündeten Urteil den Grundsatz der Aufwertung der Hypotheken anerkannt und den Hypothekengläubigern die Befugnis zugesprochen, die Aufhebung von Hypotheken zu verweigern, wenn die Rückzahlung nur in Papiermark erfolgen soll.

In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß der Grundsatz Mark gleich Mark nicht unbedingt aufrechterhalten werden könne. Andererseits ist aber nicht darüber entschieden worden, und es ist auch nicht darüber zu entscheiden, ob Sparkassenforderungen, Anleiheforderungen usw. der Entscheidung des Reichsgerichts in der Hypothekensache gleichgestellt werden können.

In der Urteilsbegründung wird ferner gesagt, daß in der Aufwertungsfrage auch auf die wirtschaftlichen Umstände der Jetztzeit Rücksicht genommen werden müsse. Es müsse unter allen Umständen bei der Beurteilung der Frage die wirtschaftliche Lage des Schuldners, die Lasten öffentlicher Art, die dem Grundbesitz auferlegt sind, berücksichtigt werden und es müsse auch berücksichtigt werden, ob es sich bei dem Grundstück um industriellen, landwirtschaftlichen oder Hausbesitz handelt.

Die Bestimmungen des deutschen Währungsrechtes ständen der Aufwertung der Hypotheken nicht entgegen. Die Goldklausel könne nicht in Betracht gezogen werden, da der Gesetzgeber bei Erlaß dieses Gesetzes an eine wesentliche Entwertung des Papiergeldes nicht gedacht habe.

Erhöhung der Gemeindegrundsteuer

Aus der Magistratsvorlage über die Erhöhung der Gemeindegrundsteuer, die der Stadtverordnetenversammlung zugegangen ist, entnehmen wir folgende Sätze:

Durch die ungeheure Geldentwertung sind die früher geschätzten Papiergeldwerte soweit hinter den heutigen Papiergeldwerten der Grundstücke zurückgeblieben, so daß bei Anwendung des durch den Etat festgesetzten Steuersatzes von 3,5 vom Hundert des gemeinen Wertes sich Steuerbeträge ergeben würden, deren Einziehung die Arbeit nicht lohnt. Eine wesentliche Erhöhung der Steuersätze ist daher notwendig.

Damit, daß die Verzehnfachung nur für das letzte Vierteljahr vorgesehen ist, wird der durch die Geldentwertung entstandene Ausfall trotz der Aufwertungsziffer für das ganze Vierteljahr auf 2,7 Millionen kaum voll ausgeglichen werden. Dies ist insofern bedenklich, als der Finanzbedarf der Stadt im Laufe des Etatjahres sich erheblich vergrößert hat. Es sei nur an die Mehrauszahlungen für die Erwerbslosenfürsorge erinnert. Im Etat war mit 200 Unterstützungsbedürftigen gerechnet, zurzeit aber sind es 5000, die Erwerbslosenunterstützung erhalten. Ferner sei erinnert an die starke Zunahme der Unterstützungsbedürftigen in der Armen- und Wohlfahrtspflege, an das Steigen aller Materialpreise usw.

Demgegenüber sind die Einnahmen sehr erheblich hinter den Etatsätzen zurückgeblieben. Wenn trotzdem davon abgesehen wird, eine noch stärkere Erhöhung der Grundsteuern zum teilweisen Ausgleich der Mehrausgaben vorzuschlagen, so liegt der Grund in der überaus starken und unter rücksichtsloser Nichtachtung der berechtigten Steuerinteressen der Gemeinden durchgeführten Belastung des städtischen Grundbesitzes durch die neue staatliche Grundsteuer, die um so ungerechter wirkt, als sie durchweg Vorkriegswerte zugrunde legt, also die durch die Wohnungs- und Mietgesetze der Nachkriegszeit verursachte Wertverminderung der Mietshäuser vollkommen unberücksichtigt läßt. Es wurde deshalb auch nicht für richtig gehalten, den vom Staate vorgezeichneten Weg zu wählen, wonach unterschiedslos Zuschläge von 200 v. H. zu den staatlichen Steuersätzen erhoben werden sollen.

Wie Proberechnungen bei einer Anzahl typischer Grundstücke ergeben haben, wird die Belastung durch die städtischen Steuern im Vergleich mit der Belastung durch die staatlichen Steuern (und zwar erstere ebenfalls in Gold umgerechnet) sich für das laufende Vierteljahr folgendermaßen stellen:

Mietshäuser werden ungefähr 25—30 Proz. in Lagen mit hohem Grundwert, ausnahmsweise bis zu 40 Proz. der staatlichen Sätze belastet, wertvollere Villengrundstücke mit 50—60 Prozent, Fabriken und Geschäftsgrundstücke mit 100—130 Prozent, landwirtschaftliche Grundstücke, die durch die staatliche Besteuerung in noch stärkerem Maße als die Industrie- und Geschäftsgrundstücke geschont werden, mit 175—200 Prozent, Baugelände (die bekanntlich meist mit Schrebergärten besetzt sind) mit 10—30 Prozent der staatlichen Sätze.

Weiterhin hat der Magistrat eine Vorlage ausgearbeitet, die sich mit der Grunderwerbssteuer befaßt. Beim Uebergang des Eigentums von Grundstücken, die im Stadtbezirk gelegen sind, sowie bei sonstigen steuerpflichtigen Rechtsvorgängen, die sich auf die im Stadtbezirk Halle gelegenen Grundstücke beziehen, soll zur Reichsgrunderwerbssteuer ein Gemeindezuschlag in Höhe von 4 Prozent des nach dem Grundsteuergesetz steuerpflichtigen Wertes erhoben werden.

— **„Rechts oder links! Nur keine Halbheiten“.** Ueber dieses Thema spricht am kommenden Freitag, abends 8 Uhr, Herr Prokurist Kemper in der deutschnationalen Arbeitergruppe und der Bezirksgruppe Süd-Ost im „Schultheiß“, Merseburgerstraße 10. Alle Parteimitglieder sind zu dem Vortrag eingeladen, der besonders in der heutigen Zeit der parlamentarischen Kopflosigkeit besonderes Interesse erwecken dürfte. Der Saal ist geheizt.

— **Die Ehrendenkmünze des Weltkrieges mit Kampfabzeichen wurde dem Prediger Herrn Kelletat, Triftstraße 22 a, verliehen. Er hatte mit eigener Lebensgefahr einem Verunglückten im Gefechtsfeuer das Leben gerettet.**

Was aus Halle werden kann

Vollversammlung des Halleschen Wirtschafts- und Verkehrsverbandes — Sein Werden, sein Wirken, sein Wollen — Hallescher Bürger, wach' auf!

Der Hallesche Wirtschafts- und Verkehrsverband hielt gestern abend in „Stadt Hamburg“ unter reger Beteiligung von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden — u. a. war Oberbürgermeister Dr. Rive erschienen —, von Handel und Industrie und der wirtschaftlichen Verbände eine Vollversammlung, die Generaldirektor Zell als Vorsitzender eröffnete und leitete. Er wies nach herzlichen Begrüßungsworten kurz auf Zweck und Ziel des Verbandes hin, der sich als wesentlichste Aufgabe gestellt hat, Halle zu einer anerkannten Großstadt zu machen. Diese Aufgabe ist nicht leicht im Vergleich zu den beiden alten mitteldeutschen Handelsmetropolen Magdeburg und Leipzig. Setzte doch Halles Aufstieg erst ein mit der Erschließung des mitteldeutschen Bergbaues. Wir wollen Halle nicht fördern aus persönlichem Ehrgeiz, sondern aus dem Glauben heraus, daß der Bürger Pflichten hat gegenüber Stadt und Staat. Diese Arbeit ist indessen umsonst ohne die Mitarbeit aller Kreise der Bürgerschaft.

Der hierauf erstattete Geschäftsbericht gab ein erschöpfendes Bild über die bisherige

Tätigkeit und das Arbeitsprogramm des Verbandes.

Der Verband unterhält enge Beziehungen zu den führenden werbenden Unternehmen. Er hat z. B. eine Vertretung der Wiener Messe und der Hamburg-Amerika-Linie, durch die die Einrichtung des Halleschen Verkehrsbüros im Roten Turm ermöglicht wurde. Dieses wird durchschnittlich von 200 Personen am Tage besucht und soll, namentlich was Paß- und Messewesen anbelangt, ausgebaut werden. Wichtig ist die Verbindung mit dem Berliner Eildienst, durch den die Börsennotierungen auf drahtlosem Wege kurz nach ihrer Festsetzung nach Halle übermittelt werden.

Ueber diese Werbezwecke hinaus versuchte der Verband die

Verkehrspropaganda für die Stadt

zu fördern, z. B. durch Hebung des Fremdenverkehrs, Vermittlung von Logis usw., mit den Spitzenorganisationen des mitteldeutschen Verkehrs wurden stete Beziehungen unterhalten. Städtische Verkehrsfragen hinsichtlich Verbesserung des Straßenbahn- und Autoverkehrs wurden zur Zufriedenheit gelöst; im nächsten Sommer wird man sich auch der rennsportlichen Veranstaltungen annehmen.

Im Eisenbahnverkehr war eine der wichtigsten Fragen die des Bahnhofsumbaues. Hier gelang es, das Projekt der Reichsbahndirektion wesentlich zu verbessern, ferner die Pläne Magdeburgs in der Abgrenzung der Eisenbahndirektionsbezirke zunichte zu machen. Im Fahrplan wurden verschiedene, für Halle wichtige Züge aufgenommen, z. B. auch die Sonntagszüge. Hinsichtlich der Sonderzüge sind für den Sommer Verbesserungen zu erwarten.

Im Postwesen wurden durch die Bemühungen des Verbandes Halles Anschluß an den Blitzfunkverkehr, Verbesserungen im Fernsprechverkehr mit Berlin sowie Ausdehnung des Schalterdienstes bis 6 Uhr erreicht. Unsere Wünsche auf

Einrichtung eines Postscheckamtes Halle

werden bei den zuständigen Stellen geprüft; ihre Erfüllung steht zu erhoffen. Das Gleiche ist über die Schaffung einer Produkten- und Effektenbörse zu sagen. Daß die Wollauktionen nach Leipzig verlegt wurden, bedeutete einen schweren Verlust für unsere Stadt. Für die Errichtung einer ständigen Ausstellungshalle ist wenigstens ein Anfang gemacht worden dadurch, daß zu diesem Zwecke vom Magistrat Teile der Artilleriekaserne zur Verfügung gestellt wurden. Hinsichtlich des Baues einer Stadthalle sowie eines Hotels und Bürohauses sind Projekte geplant.

Nach Worten des Dankes an Behörden und Presse teilte der Geschäftsführer mit, daß der

Verband zurzeit 111 Mitglieder

zählt. Die Hauptschwierigkeiten liegen in der geringen Mitarbeit der Bürgerschaft. Daran ist auch unser Plan gescheitert, den Verband zu einem lokalen Reichswirtschaftsrat zu machen, Halle herauszuheben aus dem Charakter einer Provinzstadt zu einer führenden Großstadt Mitteldeutschlands. Die Wege, die wir gehen wollen, sind diese: Wir wollen versuchen, für Halle die erforderlichen kulturellen Grundlagen, eine Tradition zu schaffen. Die weiteren Aufgaben sind, die bisherigen verkehrswirtschaftlichen Bestrebungen zu fördern, vor allem aber jede Aufbautätigkeit durch den Verband zu verwirklichen.

Generaldirektor Zell dankte für die Ausführungen und unterstrich sie. In der Aussprache befürwortete und begründete Herr Kudoke die Notwendigkeit der Errichtung einer Stadthalle für Ausstellungs- und Kongreßzwecke.

Nach Genehmigung des Haushaltsplanes, der in Einnahme und Ausgabe mit 12 000 Goldmark abschließt, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Streik der Aerzte beschlossen

Der Verband der Aerzte Deutschlands mit dem Sitz in Leipzig hat in einer gestern abend stattgefundenen Sitzung den Streik beschlossen. Er hat den Krankenkassen für seine Mitglieder definitiv zum 1. Dezember gekündigt. Damit ist der schwebende Streit zwischen Krankenkassen und Aerzten zum offenen Konflikt geworden. Die Aerzte motivieren ihre Kündigung damit, daß das im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes erlassene Ausnahmegesetz gegen die Aerzte bis zum 1. Dezember zurückgezogen werden müsse. Da das nicht der Fall sein wird, hat der Verband den Streik beschlossen und den Krankenkassen die Kündigung zugestellt.

Nach Erkundigung an zuständiger Stelle dürften sich die Krankenkassen wahrscheinlich auf § 370 der Reichsverordnung stützen und nunmehr die den Patienten zu gewährenden Sachleistungen durch Barleistungen ablösen.

Von diesem Beschluß der Aerzte werden nur die Zwangskassen, nicht aber die anerkannten Ersatzkassen, wie in Halle die Deutschnationale Krankenkasse, betroffen.

— **Zugunsten der Stahlhelmfürsorge** findet heute, Donnerstag, abends 8 Uhr im „Thaliasaal“ ein großes Wohltätigkeitskonzert statt. Die bekannte und beliebte Seifert-Kapelle ist durch besondere Kräfte auf über 50 Mann verstärkt worden. Außerdem haben in liebenswürdiger Weise folgende Mitglieder des Stadttheaters Halle ihre Mitwirkung zugesagt: Frau Strohm-Ambronn, Frl. Michaelis, Frl. Grether, Herr Kaufmann und Herr Förster. Märsche, Rezitationen, Gesänge, ernste und lustige Vorträge wechseln einander ab. Den Schluß bildet ein Theaterstück: „Der deutsche Soldat in Frankreich“. Künstlerische Leitung: Kamerad Förster. Der gesamte Ertrag des Konzerts kommt ungeschmälert der Stahlhelm-Fürsorge zugute. Um zahlreiche Beteiligung aller nationalen Kreise unserer Stadt wird gebeten.

— **Gegen die „Doppelverdiener“.** Es mehren sich die Klagen, daß sogenannte Doppelverdiener, insbesondere verheiratete Frauen, deren Männer voll beschäftigt sind, in Arbeit stehen, während zahlreiche erwerbslose Männer und Frauen, die auf Erwerb angewiesen sind, sich vergebens um Arbeit bemühen. Einen gesetzlichen Zwang zur Nichtbeschäftigung dieser sogenannten Doppelverdiener auszuüben, ist aus mannigfachen Ursachen bedenklich. Das Reichsarbeitsministerium hat sich aber an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie an die Reichs- und Landesbehörden mit der Bitte gewandt, zu veranlassen, daß jedenfalls keine sogenannten Doppelverdiener mehr neueingestellt und auch die bereits beschäftigten Doppelverdiener insoweit entlassen werden, als es die Betriebsverhältnisse gestatten und ungerechtfertigte Härten nicht entstehen. Es ist von der sozialpolitischen Einsicht der beteiligten Kreise zu erhoffen, daß so vermieden wird, daß einzelne Familien unverhältnismäßig hohe Einkünfte erzielen, während andere Not leiden.

— **„Ein Kind — ein Hund, ein Spiel von kleinen Seelen“,** so nennt sich mit Recht der neue Film, der vom 30. November bis 6. Dezember im U. T., Alte Promenade 11 a, zur Vorführung gelangt. Das Kind, aus den Händen der Mutter gerissen, wird von einem Stiefvater, der es aus dem Wege räumen möchte, in die größten Gefahren gebracht. Nur der wachsamen Treue eines Hundes, der als einziger Freund bei dem verlassenen Jungen bleibt, ist es zu danken, daß schließlich das Kind zurück in die Arme der Mutter, die von Karola Toelle auf das rührendste verkörpert wird, finden kann. Der Hauptdarsteller, der sechsjährige Heinz Slave mit seinem Partner, dem Pudel Bobby, treten in jeder Verstellung persönlich auf, wodurch das Interesse an dem Film ganz bedeutend gehoben wird.

Wann gehe ich ins Stadttheater?

Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
7½-10½ Der Schatzgräber	7½-10 Improvisationen im Juni	—	—	7½-10½ Die Frau im Hermelin	7½-10½ Der Schatzgräber	7½-10 Improvisationen im Juni

Turnen, Spiel und Sport

— **Keine Einigung im Halleschen Skisport?** Herr Architekt Kugler bittet uns, die folgenden Zeilen zu veröffentlichen: Die gestrige Notiz über einen angeblichen Beschluß des Gesamtvorstandes des „Halleschen Skiklubs“, wonach Donnerstag die Mitgliederversammlung wäre, ist unrichtig. Desgleichen hat nie ein Vorstandsbeschluß stattgefunden, wonach der Hallesche Skiklub in den alten Skiklub eintreten will. Die Nachricht stammt von einem unbefugten, ausgetretenen früheren Mitglied. Die Mitgliederversammlung ist, wie bereits angekündigt, erst am Montag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr im „Stadtschützenhaus“ unten links. — Zusatz der Schriftleitung: Die Mitgliederversammlung des alten Skiklubs Halle findet heute abend 8 Uhr im „Stadtschützenhaus“ statt.

— **Das Berliner Hallenschwimmfest.** Zu der überraschenden Niederlage von Heinrich Leipzig über 200 Meter erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Außer Heinrich gingen noch Rademacher-Hellas-Magdeburg und Gubener-Magdeburg 96 an den Start. Rademacher setzte sich gleich an die Spitze, nach der Wende stoppte Heinrich Leipzig ab, da seine Badehose geplatzt war. Trotzdem der Starter das Rennen sofort abpfiff, schwamm Rademacher zunächst weiter, bis ihn Gubener am Fuß festhielt. Nach einer Pause gingen die drei Rivalen wieder an den Start. Rademacher führte wiederum und läßt Heinrich nicht herankommen. Gubener schwimmt glänzend und fängt Heinrich noch im Ziel mit Handschlag ab. Zeiten: 2 : 23,6; 2 : 25,1; 2 : 25,2. — Hellas-Magdeburg konnte im Wasserballspiel nicht antreten; für ihn sprang eine Berliner kombinierte Mannschaft ein, die sich von ABTS. Bremen mit 12 : 6 geschlagen bekennen mußte.

— **Der Verbandstag des Deutschen Schwimm-Verbandes 1924** findet nunmehr in Münster i. W. statt. Mit der Durchführung wurde der SV. Münster von 1861 betraut. Abweichend von den bisherigen Gepflogenheiten, wurden als Verhandlungstage nicht Ostern, sondern der 1. und 2. März gewählt. Die Geschäftsstelle des DSV. nimmt bis Ende Januar Anträge zu der Tagung nach Berlin, Kurfürstenstraße 48, entgegen.

— **Holland—Schweiz 4 : 1.** An weiteren Einzelheiten erfahren wir: Die Holländer siegten mit 4 : 1 (2 : 0). Es gelang ihnen also nicht ganz, die 5 : 0-Niederlage des vorjährigen Länderspieles auszuwetzen. Dem Spiel wohnten etwa 30 000 Zuschauer bei. Der Linksaußen Siegmonds schoß die ersten beiden Tore für Holland. Nach der Pause folgte dann durch den Halbrechten Verlegh das dritte Tor, dann konnten die Schweizer ein Tor aufholen. Kurz vor Schluß gelang aber den Holländern noch durch den Läufer Krom der vierte Treffer. Das Spiel war im großen und ganzen ziemlich ausgeglichen.

Das Wetter am Freitag:

Wetterdienst der „Halleschen Zeitung“.
Eigener Drahtbericht unserer Schriftleitung.

Voraussichtliche Witterung am 30. November: Etwas kühler, leichter Nachtfrost, zunächst keine erheblichen Niederschläge.

Die letzten Wirtschaftszahlen

Goldankaufspreis 1 Kilo fein = 610 Dollar.
Silberankauf ab 29. Nov.: 400 Milliarden × Nennwert.
Goldumrechnung der Steuern am 29. Nov.: 1 Billion = 1 Goldmark.
Großhandelsindex, Stichtag 27. Nov.: 1422,9 Milliarden (Steigerung gegen die Vorwoche —).
Lebenshaltungsindex, Stichtag 27. Nov.: 1535 Milliarden (Steigerung gegen die Vorwoche 84,7 ‰).
Rechtsanwalts-Index 1535 Milliarden.
Schlüsselzahl des Buchhandels: 1 050 000 000 000.
Gesamtindex für Halle, Sticht. 26. Nov.: 1 311 721,1 Millionen.
Brot 1100 Milliarden.
1 Liter Vollmilch 272 Milliarden, **Stallpreis: 166 Milliarden.**
1 Kubikmeter Gas: 0,17 Goldmark.
1 Kilowattstunde elektr. Strom: 0,24 Goldmark.
1 Kubikmeter Wasser: 0,08 Goldmark.
1 Straßenbahnfahrt 2 Teilstrecken 15 Goldpfennig, über 2 Teilstrecken 20 Goldpfennig.
1 Brief Stadt 40 Milliarden, außerhalb 80 Milliarden.
1 Postkarte, Stadt 16 Milliarden außerhalb 40 Milliarden
1 Zentner Briketts 1700 Milliarden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192311301-14/fragment/page=0005

Aus den Gerichtssälen

Die Bremer Stadtmusikanten

Kennt ihr die Geschichte von den „Bremer Stadtmusikanten?"
Nein? Nicht mehr?
Dann laßt sie euch vom Merkewitzer Windmüller erzählen!
Der hat sie selber in neuer Auflage erlebt.

Er ist ihm unvergeßlich, der 27. November 1920. Drei Jahre sind darüber hingegangen, allein ihm ist's, als ob es gestern geschehen wäre, daß man seine Familie beraubte. Und läuft ihm bei jedem Gedanken an dieses Erlebnis eine fettschichtige Gänschaut den Rücken hinunter.

Ein arbeitsreicher Tag war zur Neige gegangen und die Müllersfamilie hatte sich ermüdet in ihrem einsamen Heime zur Ruhe gelegt, da erwachte die Frau Müllerin von einem unbestimmten Geräusch in der Umgebung des Hauses, wohl an der einzigen Meter entfernten Windmühle. Der Vollmond leuchtet draußen taghell hermeder und scheint beruhigend zum Fenster hinein. Aber horch! Da ist es wieder, das harte Klopfen, jetzt näher am Hause, oder gar schon in der Küche, oder draben bei den Kindern! Die Angst um die Kinder vertreibt den Müller und der Müllerin schnell den letzten Rest von Müdigkeit, die dem ersten Schlafe zu eigen ist. „Gott behüte uns und unsere Kinder!", das ist der Inhalt der Stoßseufzer, die die beiden Alten in ihrer Angst gen Himmel schicken, während sie durch den Hausflur hasten und die Küche abzuschließen suchen.

Bumbal, da fällt ein Schuß. Fensterscheiben klirren, Fensterladen schlagen, Stimmen tönen, dann springt etwas Schwarzes zum Fenster herein und leuchtet mit der Taschenlampe in dem ärmlichen Wohnzimmer herum. Die nur zum kleinen Teil erwachsenen Kinder des Müllers haben noch kurz vor dem Auftreten der modernen Bremer Stadtmusikanten den Anschluß an die Familie erreicht, die nun waffenlos in einer Ecke kauert und ungewiß ist, ob ihr letztes Stündlein justement geschlagen habe. Hinter der mit einer Pistole bewaffneten Räubergestalt schiebt sich eine Hand, die einen Revolver umspannt, zum Fenster hinein. Diese unangenehme Situation begleitet folgender Dialog:

„Haben Sie doch Erbarmen mit uns, wir sind ja ganz machtlos!"

„Seien Sie beruhigt! Wir wollen nicht Ihr Leben, denn wir sind auch Christen! Geben Sie uns nur Ihr vieles Hartgeld, das Sie im Schranke haben!"

„Ach Gott, ach Gott, wir haben ja selber nichts. Aber hier ist der Mühlenschlüssel, nehmen Sie, was Sie wollen, nur lassen Sie Weib und Kind mir am Leben!"

„Wir woll'n Ihre Vorräte nicht, nur ihr Geld. Zu dem unsichtbaren Besitzer der Hand, die den Schlüssel in Empfang nehmen will: „Laß es ihm! Wir wollen keine Unmenschen sein. Wo ist das Geld?"

„Hier im Bertikoff. Nehmen Sie, was Sie wollen, hier die Uhrkette von meinem seligen Vater und das Armband ..." Die nervöse Frau unfängt eine Ohnmacht.

„Behalten Sie Ihre Schmucksachen. Wir nehmen nur das Bündel Geld. Nun legen Sie sich ruhig wieder schlafen und melden Sie nichts der Polizei. Wir brauchten das Geld, um zu leben."

Also sprach der menschenfreundliche Räuber, steckte sich zum Zeichen seiner Friedensliebe ein Pfeifchen an, empfahl der vor Schreck und Aufregung noch ganz sprachlosen Familie, sich wieder zu Bette zu legen und dann sich selbst. Die Fensterläden wurden wieder angelegt, man hörte Schritte, die immer entfernter klangen. Der Nachtspuk war zu Ende. —

Jener harmlose Raubgeselle war der Maschinenbautechniker Otto Böttge aus Halle, der nun mit den Arbeitern Karl Pabst und Otto Taschitowsky aus Halle vor dem Schwurgericht stand. B. gab die Tat zu und an, aus Not gehandelt zu haben, die anderen bestritten ihre Teilnahme an dem nächtlichen Spuk. Alle drei „Bremer Stadtmusikanten" waren sogenannte „schwere Jungen", die schon bis zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt waren. Am besten kam B. bei der Geschichte mit 2 Jahren Gefängnis weg, da er glaubhaft nachwies, daß er nur zwangsweise an diesem Streich teilgenommen hatte. P. und T. dagegen, die von der Müllersfrau wiedererkannt wurden, erhielten 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Ob mit diesem Fall die Bremer Stadtmusikanten endgültig begraben sind?

all.

15 Jahre Zuchthaus für Plättner?

Der Strafantrag im Plättner-Prozeß.

Nach Abschluß der Beweisaufnahme im Plättner-Prozeß ergriff am Mittwoch der Vertreter der Oberreichsanwaltschaft zu seiner Anklagerede das Wort.

Seine Ausführungen gipfelten darin, daß Plättner persönlich bei den Märzaufständen in Mitteldeutschland eine führende Rolle gespielt habe, und daß für ihn die Amnestie aus dem Jahre 1922 nicht in Frage kommen könne, weil er selbst früher zugegeben habe, daß er an Sprengstoffanschlägen beteiligt gewesen sei, oder solche wenigstens verübt habe. Wenn er dies jetzt abstreite, so könne man ihm keinen Glauben schenken, auch sein Alibibeweis müsse als mißlungen angesehen werden. Die Raubtaten nach den Märzunruhen als Teil eines hochverräterischen Unternehmens anzusehen, sei nach einer Entscheidung des 3. Strafsenats des Reichsgerichts vom 12. November d. J. nicht angängig. Privat- und persönliches Eigentum seien unantastbar und ihre Aneignung habe auch im Kriege als Plünderung gegolten. Gemäß dieser Auffassung kam man bei der Mehrzahl der Plättner-Leute auf hohe Zuchthausstrafen.

Es wurde folgender Strafantrag gestellt: Plättner 15 Jahre Zuchthaus, Hölzel 10 Jahre Zuchthaus, Lewandowsky 8 Jahre Zuchthaus, Meißner 8 Jahre Zuchthaus, Reimann 6½ Jahre Zuchthaus, Adolf 1 Jahr Gefängnis, Marta Ebert 6 Monate Gefängnis, Menzel 10 Jahre Zuchthaus, Janke 10 Jahre Zuchthaus, Töpfer 6 Jahre Zuchthaus, Richter 6½ Jahre Zuchthaus, Krause 8 Jahre Gefängnis, Heß 3 Jahre Gefängnis.

Aus Mitteldeutschland

Gedenkfeiern

Eisenach, 28. November.

Am Sonnabend fand nach Schluß der Vormittagsunterrichts auf dem Schulhof des Gymnasiums am Denkmal der gefallenen ehemaligen Gymnasiasten eine erhebende Gedächtnisfeier statt. Im Mittelpunkt stand die packende Ansprache eines Oberprimaners. Gesänge und Gedichte umrahmten die Feier.

Rudolstadt, 28. November.

Das Ehrendenkmal, das die Vereinigung ehemaliger Rudolstädter Realgymnasiasten errichtet hat, wurde am Sonntag enthüllt. Kirchenrat Rübesamen hielt in der Friedhofskapelle die Gedächtnisrede über 1. Johannis, Kap. 3 Vers 16. U. a. sagte er: Unsere Gefallenen haben getan, was sie vermochten, nicht umsonst haben sie auf der Schule gelernt: „Stiß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben" und „das Leben ist der Güter höchstes nicht". Nach Musikklängen und gemeinsamem Gesang eines Chorals begaben sich nun die zahlreichen Teilnehmer der Feier zu dem Ehrenmal, das am nördlichen Ende des Weges mit den Urnen errichtet ist. Es besteht aus einem stattlichen, sehr geschmackvoll in modernem Stil gehaltenen Gedenkstein, auf dem neben den Widmungsworten die Namen der zehn gefallenen Mitglieder zu lesen sind. Der bildnerische Schmuck besteht aus dem Relief eines Stahlhelms, der den einem Eichenkranz umgeben ist, darüber rankt sich Lorbeer. Zunächst gedachte der Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger Rudolstädter Gymnasiasten, Bauermeister, der Gefallenen und der Herstellung des Denkmals, das von dem Mitglied der Vereinigung Hugo Böttner hier geschaffen wurde und entfernte die in den Farben schwarz-weiß-grün gehaltene Hülle. Kirchenrat Rübesamen weihte sodann das Denkmal und nun wurden zahlreiche Kränze niedergelegt, u. a. auch ein solcher der Lehrerschaft des Realgymnasiums. Herr Beigeordneter Schröder übernahm sodann das Ehrenmal im Namen der Stadt.

Veruntreuungen

Köthen, 29. November.

Hier ist man ziemlich umfangreichen Schiebungen auf dem Schlachthof auf die Spur gekommen, in die sowohl der Hallenmeister als auch der Direktor verwickelt sein sollen. Das Verfahren ist bereits eingeleitet.

Querfurt, 28. Nov. (Ein wildgewordener Bulle) brach mittags aus dem Gehöft des Fleischermeisters Kleppel aus und raste in den Hof des Scherfschen Anwesens. Da an ein Einfangen des rasenden Tieres nicht zu denken war, mußte es von einem Polizeiwachtmeister erschossen werden.

Aschersleben, 28. Nov. (Dem Stahlhelm) ist es gelungen, durch die Opferwilligkeit der Landwirtschaft von Aschersleben und Umgegend sowie der Industrie, des Handels und der Bäckerinnung an 500 wirklich Hungernde unserer Stadt das Brot für einige Wochen kostenlos sicherzustellen.

Halberstadt, 28. Nov. (Die gestörte billige Eisenbahnfahrt.) Festgenommen wurden zwei Männer, die die Fahrt von Magdeburg nach Köln als „blinde Passagiere" machen wollten. Sie waren nicht durch die Sperre gegangen, sondern über die Schienen geklettert, waren dann in den Sitz des Rangierers gestiegen und hofften, so die Fahrt ungesehen vollenden zu können. Sie wurden hier jedoch entdeckt, mußten ihre Reise unterbrechen und sind festgenommen.

Sondershausen, 26. Nov. (Sturmlauf gegen die Hundesteuer.) Im Gemeinderat begegnete eine Vorlage der Kämmereikasse, die Hundesteuer nach Goldmark zu erheben, lebhaftem Widerspruch. Für den ersten Hund sind 3 M., für den zweiten 10 M., für den dritten 30 M., für jeden weiteren 10 M. mehr zu zahlen, wobei der Dollarkurs vom 15. November (eine Goldmark = 600 Milliarden) zugrunde gelegt wird. Die Vorlage wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Die Hundebesitzer müssen also dazu beitragen, den Stadtsäckel zu füllen, der so leer ist, daß an die städtischen Beamten die letzten Gehaltszahlungen nicht erfolgen konnten.

Weißenfels, 26. Nov. (Aufgegebene Bankfilialen.) Die Darmstädter und Nationalbank teilt ihrer hiesigen Kundschaft mit, daß ihre Zentrale in Berlin beschlossen habe, ihre Niederlassung in Weißenfels aufzuheben. Gleichzeitig werden auch mehrere andere Niederlassungen in kleineren und mittleren Städten eingezogen.

Naumburg, 28. Nov. (Autounfall.) Vor einigen Tagen fuhr ein kleiner, rot angestrichener, mit drei Personen besetzter Kraftwagen an der Schönburger Straße in die Lokomotive des Personenzuges hinein, der auf Bahnhof-Ost einzulaufen im Begriffe war. Der Führer des Kraftwagens wurde durch den Zusammenprall vom Sitze geschleudert und erlitt eine stark blutende Kopfwunde sowie anscheinend auch sonstige Verletzungen. Die beiden anderen Insassen, eine Dame und ein Kind, sind mit leichten Verletzungen davongekommen. Der Verunglückte wurde zunächst in einen Wagen des Zuges gehoben, um darin befördert und ärztlicher Hilfe zugeführt zu werden. Der Kraftwagen war bei dem Unfall fast gänzlich zertrümmert worden, und die einzelnen Teile mußten einstweilen an der Unfallstelle zurückgelassen werden.

Erfurt, 27. Nov. (Die Reichsbahndirektion) gibt bekannt, daß vom 1. Dezember ab für die Stationen der Nordhausen — Wernigerode — Gernrode — Harzgerode-Bahn niedrigere Entfernungen in Kraft treten.

Gispersleben, 28. Nov. (Verbrannt.) Bei den Aufräumungsarbeiten eines nachts zuvor abgebrannten großen Strohschobers fand die Feuerwehr die bis zur Unkenntlichkeit verkohlte Leiche eines Mannes, jedenfalls eines Obdachlosen. Drei junge Leute aus Erfurt, die in dem brennenden Schober ahnungslos schliefen, konnten von dem Polizeiwachtmeister Schmiedel aus Gispersleben gerettet werden.

Eisenach, 26. Nov. (Die „Eisenacher Zeitung" eine A.-G.) Die „Eisenacher Zeitung", welche über 50 Jahre besteht, ist unter dem Titel „Hofbuchdruckerei H. Kahle in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden.

Dessau, 26. November. (Zusammenstöße.) Vor dem hiesigen Polizeihause kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und der Polizei. Anlaß zu dem Zusammenstoß gab die Verhaftung des Kommunisten Höhne, der wegen Hetzereien gegen die Regierung und wegen Aufforderung zu kommunistischem Terror festgenommen worden war. Höhne steht auch im Verdacht, der Anstifter zu den hart an Plünderung grenzenden Erpressungsversuchen jugendlicher Erwerbslosen bei den hiesigen Lebensmittelhändlern gewesen zu sein. Ein größerer Trupp Kommunisten zog vom Tivoli aus zunächst nach dem Amtsgerichtsgefängnis, wo man Höhne interniert glaubte, und verlangte dessen sofortige Freilassung. Die Kommunisten zogen aber weiter, als man sie dort bescheid, daß Höhne dort nicht eingeliefert sei. Den Trupp begab sich dann durch die Stadt zum Rathause, wo protestiert und Einlaß in das Rathaus verlangt wurde. Dort kam es zum Zusammenstoß mit der Polizei, wobei die Beamten sich gegen den Ansturm der kommunistischen Horde mit der Schlagwaffe wehren mußten.

Dessau, 28. Nov. (Bestrafter Rohling.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Hermann Hauser aus Köthen wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu fünf Jahren Gefängnis und zehn Jahren Ehrverlust. Hauser hatte dem Arbeiter Otto Schlegel, mit dem er in Feindschaft lebte, aber von dem er sich dennoch eines Abends, als Schlegel schon angetrunken war, hatte traktieren lassen, mit einem Dachdeckerbeil derart auf den Schädel geschlagen, daß Blutergüsse ins Gehirn eintrat. Schlegel starb kurze Zeit darauf.

Köthen, 28. Nov. (Schüsse auf einen Kraftwagen.) Das „Köthener Tagebl." schreibt: Ein am Abend des 22. November auf der Fahrt von Dessau nach Köthen befindlicher Kraftwagen wurde hinter Porst beschossen. Eine Kugel streifte den Führer leicht am Kopfe, die weiter abgegebenen Schüsse trafen nicht. Im beschleunigten Tempo entzog sich das Auto dem Gefahrenbereich.

Kläden (Altm.), 28. Nov. (Aus dem Zuge gefallen.) Aus dem D-Zug, der in Richtung Hamburg nach 10 Uhr vormittags unseren Ort passiert, ist an einem der letzten Tage ein 10jähriger Knabe, der zu einer tschechischen Auswandererfamilie gehörte, gestürzt. Er wurde ungefähr 20 Meter weiter geschleudert und blieb tot liegen.

Und wenn die Welt voll Teufel wär' ...

8]

Roman von Rudolph Stratz

(Nachdruckrecht bei August Scherl, G. m. b. H., Berlin)

Seine dunklen Augen waren verführerisch. Sie kümmerten sich nicht um das, was sein Mund sprach. Sie betörten inzwischen still für sich das Gegenüber. Von seinen Augen führte tiefer noch als von seinen Lippen ein Weg in die Weiberseele. Er schloß achselzuckend, Mitleid und Zorn in der sonst kühlen Stimme eines Weltmannes: „Ihr wart ja ausgeschaltet! Die Hälfte der Menschheit mußte durch Jahre ihr ganzes, ursprünglichstes Empfinden und Denken dem der Männer unterordnen! Man verlangte Spartanertugend gerade von dem schwächeren Geschlecht! Es gab Gemütsathleten unter den Heimkriegern, die nahmen es den Wittwen und Bräuten übel, daß sie Trauer trugen! Aber die Natur läßt sich nicht umkrempeln! Die Millionen Männer, die draußen auf den Schlachtfeldern modern, die sind eben doch vom Weibe geboren und dem Weibe entrissen. Aber die Frauen sind in dieser ägyptischen Finsternis mündig geworden. Sie stehen auf sich selbst. In Amerika verdankt Wilson seinen knappen Wahlsieg nur den Stimmen der Frauen. Darum ist er der Anwalt der Frauen, Frau Lona, wenn er der Anwalt des Friedens ist."

Ein leises Aufatmen unter den Blusen und Spitzen und Stickereien, eine leise glückliche Färbung auf den blassen Wangen der jungen Frauen. Werner Grimm hatte sich leicht auf seinen Stock gestützt, erhoben. Er stand mitten im Salon. Der schattenhafte Mann im Nebenraum sah ihn auf wenige Schritte vor sich. Er sah des kluge und weiterfahrene, im Verdruß über die Torheit anderer spöttisch verzogene, vom ironischen Lächeln der besseren genen Eitelkeit beherrschte Gesicht. Er sah die elegante Gestalt in modischem, gepflegtem, kriegerauen ungewohntem Zivil.. Er sah die andächtigen Blicke der Damen ringsum . . .

Aber dann sahen Bruno Lotheisens sich ungläubig weitende blaue Augen etwas anderes . . etwas Furchtbares.

Eigentlich war es gar nicht furchtbar. Niemand im Zimmer nebenan fand etwas daran. Jeder schien das schon zu wissen, für selbstverständlich zu halten . . .

Lonny war aufgestanden. Nicht in ihrem sonstigen, sprunghaften Ungestüm der Eingebung des Augenblicks, sondern mit einer weichen, weiblich sanften Bewegung. So trat sie auf den Flüchtling aus der Schweiz zu. Es war in dieser Sekunde etwas Mädchenhaftes, etwas Unberührtes um die schlanken Linien ihrer blonden Erscheinung in Trauerschwarz und Trauerweiß, die durch den kurzen Rock noch jugendlicher wirkte. Sie schlang sanft ihren Arm unter den ihres Freundes, legte über seinem Arm ihre Hände ineinander, stand mit ihm eingehängt, Ellbogen in Ellbogen, eng, vertrauensvoll an ihn gelehnt, zwei, die zusammengehörten . . .

„Was war denn das da nebenan . . .?"

„Ein Seufzer . . ."

„. . . als hätte jemand gestöhnt . . ."

„Nein. Ich glaube, es war draußen auf der Straße . ."

Lonny Lotheisen horchte ein paar Augenblicke. Unten dröhnte ein Triebwagen der Straßenbahn vorbei und verschlang jedes andere Geräusch. Dann war alles still. Auch nebenan. Sie trat auf die Schwelle des Arbeitszimmers und steckte den vorgebeugten schönen schmalen Kopf in dessen Dämmern hinein. Sie betrat das immer selbst nicht gern.

„Da drinnen ist keine Menschenseele", rief sie über die Schulter zurück.

Nein. Da war niemand mehr. Bruno Lotheisen war auf den Flur hinausgetaumelt. Nur fort. Nur fort! Er war sich selbst nicht klar, warum. Dann dachte er sich: Wenn ich jetzt da hineintrete . . . vor den beiden stehe — da gibt ein Unglück! Nur fort . . .

Die Flurtür war von den inzwischen gekommenen Damen wieder offen gelassen worden. Eben, als er in das Treppenhaus hinausspankte, kam das Hausmädchen die Stiege herauf. Erschrak beim Anblick des blondbärtigen Mannes mit russischer Kommißmütze und dickem, rotem Schal und hohen Kniestiefeln.

„Jotte doch! Wat wollen denn Sie?"

„Nichts . . . nichts", murmelte er und schleppte sich an ihr vorbei. Seine Knie waren träge. Knickten bei jedem Schritt. Es fiel ihm ein: Ich habe ja nicht nur eine Frau. Ich habe auch eine Tochter. Er blieb stehen. Er hielt sich an dem Geländer und schaute zu dem Mädchen empor, das ihm noch verdutzt von oben nachstarrte. Er fragte: „Wo ist denn das Kind?"

„Wat für ein Kind?"

„Das kleine Mädchen! Frau Lotheisen hat doch ein Töchterchen!"

„Nee."

Er wurde zornig.

„Das muß ich doch wissen! Sie hat ein Töchterchen."

„Sie hatte eins! Det stimmt!"

„Wo . . . wo ist das Kind hin . . .?"

„Ick war damals natürlich noch nich da. Aber die jnädige Frau trägt ja noch Trauer. — Es kann noch nich ein volles Jahr her sind . . ."

„. . . seit . . . seit . . ."

„Na, seit det Kind jestorben is!"

„Tot . . .?"

„Ja, wovon sollen denn die Kinder leben . . . heutzutage? Sie kriegen ja nichst zu essen! . . . 's ist ja nichst da . . . In dem Kohlrübenwinter sind sie jestorben wie die Fliegen . . . bei die englische Blockade . . ."

Gemordet . . . kaltblütig von den Engländern durch Hunger gemordet . . . Du süßes, kleines wonniges Geschöpf . . . Du Geschenk vom Himmel, das noch seins Aermchen um mich schlang, als ich mich zum letztenmal über dein Bettchen beugte, und das mir versprach, daß es nicht jeden Abend zum lieben Gott für den Papa beten würde . . . Mein Evchen . . . mein Elschen . . . gemordet . . . und nicht du allein! Tausende, Hunderttausende von Kindern sind mit dir zum Himmel aufgestiegen und verklagen ihre Mörder vor Gottes Thron . . .

Und da oben sitzen sie und träumen schon wieder von Völkerversöhnung . . . von Umarmungen mit den Briten und Welschen . . . Menschen ohne Haß und Glut . . . Nicht an Rache zu denken . . . Rache . . . Wut schüttelte ihn. Er trollte wieder hinauf. Blieb wieder stehen. Drehte um. Nein! Noch nicht! Ich muß erst ruhig werden! Ich muß erst zu mir kommen! Es ist zuviel. Es ist zuviel . . .

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192311301-14/fragment/page=0006

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung“

Berliner Devisenkurse.

In Millionen. Berlin, 29. November.

	Geld	Brief		Geld	Brief
…td.	1596000	1604000	Paris	227430	228570
…en.	1316700	1323300	Schweiz	734160	737840
…üssel	195510	196490	Spanien	546630	549370
…istiania	630420	633580	Japan	1995000	2005000
…penh.	750120	753880	Jugoslavien	47481	47719
…ockh.	1109220	1114780	Rio de J.	359100	360900
…elsingf.	107730	108270	Oesterr. abgest	58852	59148
…alien	181545	182455	Prag	121695	122305
…ssabon	155610	156390	Budapest	219450	220550
…nd.	18354000	18446000	Bulgarien	32319	32481
…wyork	4189500	4210500			

…teilungskurse: Amsterdam 1%, Buenos Aires 1%, …üssel 1%, Christiania 1%, Kopenhagen 1%, Stockholm 1%, Helsinfors 1%, Italien 1%, Lissabon 1%, London 1%, New-York 1%, Paris 1%, Schweiz 1%, Spanien 1%, Japan 1%, Jugoslavien 1%, Rio de Jan. 1, Oesterreich 1%, Prag 1%, Budapest 1%, Bulgarien 1%.

Markbewertung in Newyork in der Schluß- wie in der Nachbörse 14 Cents für die Billion. Dollarparität 7,29 Billionen. Donnerstag **Feiertag**.

Ost-Devisen

	G	B		G	B
	21890 M.	22110 M.	Athen	—	—
	—	—	Konstantinopel	—	—
	1333 T.	1367 T.	Poln. Noten	—	—
	16872 M.	17128 M.	Lett. Rubel	11810 M.	11890 M
	11910 M.	12090 M.	Estnische Mark	16087 M.	16913 M
	415800M.	424200M.	Littauen	—	—

Die Umorganisation unseres Steuersystems

In der Oeffentlichkeit ist in den letzten Wochen und Monaten wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Erzbergersche Finanz- und Steuerreform für die Reichs-, Staats- und Kommunalfinanzen zum Verderben geworden sei, und daß sie deshalb schleunigst den tatsächlichen Erfordernissen entsprechend umgeändert werden müsse. Sehr gutes Material zu diesem Thema bringt ein Aufsatz des bekannten bayerischen Wirtschaftspolitikers Dr. Schlittenbauer in der „Deutschen Tageszeitung“. Schlittenbauer zeigt an Hand einwandfreien Materials die Unhaltbarkeit der bisherigen Zustände. Im besonderen weist er nach, welche riesigen Summen durch die bisherige verfehlte Organisation verschleudert werden. U. a. schreibt er:

„Durch die Ueberspannung der Zentralisation ist der Apparat ungemein schwerfällig, die Arbeit vollzieht sich in einem übermäßig schweren Tempo, der Instanzenweg ist viel zu kompliziert, die Entscheidungen werden von der einen Stelle auf die andere geschoben. Es wird eine Unsumme unproduktiver Leerarbeit geleistet. Nur bei einem solchen System war die schauerliche Tatsache möglich, daß der ganze Betrag der Brotabgabe vom August so lange unverwertet liegen blieb, bis seine Kaufkraft auf 5000 Goldmark zusammengeschunken war. Nur durch die Ueberspannung der Zentralisation war es möglich, daß die einbezahlten Schecks wochen- und monatelang nicht eingelöst wurden, daß ihr Betrag demzufolge völlig entwertet wurde. Nur durch die Ueberspannung der Zentralisation konnte es kommen, daß die Steuern der Länder, der Gemeinden, der Körperschaften von den Finanzämtern seit Jahren überhaupt nicht mehr erhoben wurden, was einen Riesenschaden für Staat, Körperschaften und Gemeinden bedeutet. Nur durch die Ueberspannung der Zentralisation ist jene furchtbare Verschwendungsarbeit notwendig, die jetzt zwischen Reichsfinanzministerium, Ländern, Provinzen, Kreisen, Städtebund und von da wieder zu den Gemeinden geleistet werden muß. Durch die Ueberspannung der Zentralisation kommt es, daß diese Riesenarbeit mehr an Kosten verschlingt, als die gesamte Einkommensteuer des Reiches einbringt.

Die erste und notwendigste Voraussetzung, um unser Steuerwesen wieder brauchbar zu machen, ist daher die Dezentralisation der Finanzverwaltung, die Rückgabe der Steuerhoheit der Länder in dem Ausmaße, daß die Länder sich und ihre Unterglieder aus eigener Steuererhebung ernähren können. Jetzt fressen wie verantwortungslose Parasiten Länder, Provinzen, Kreise, Distrikte, Gemeinden aus dem gemeinsamen Steuertrog des Reiches. Alle diese Unterglieder würden bei eigener Finanzgebarung ganz anders wirtschaften als bei dieser Verantwortungslosigkeit, bei welcher ein förmliches Wettrennen um den größten Happen entstanden ist. Glaubt irgend ein Mensch mit gesundem Verstand, daß kleine Gemeinden sich eigens besoldete Beamten halen würden, wenn nicht der Zuschuß des Reiches wäre? Glaubt irgend jemand, daß Städtchen mit 6—10 000 Einwohnern junge Bürgermeister anfangs der dreißiger Jahre nach der höchsten Gehaltsklasse der staatlichen Beamtenbesoldung bezahlen würden, wenn sie die Summen nicht aus dem allgemeinen Reichssäckel bezögen, sondern aus eigenen Einnahmequellen aufbringen müßten? Glaubt irgend jemand, daß die Gliedstaaten ernstlich an den Abbau ihres übermäßigen Beamtenapparates gehen, so lange sie die Gelder zu ihrer Besoldung einfach vom Reich anfordern können?“

Es ist dringend zu hoffen, daß den Anregungen, die hier wiedergegeben sind, möglichst bald Folge geleistet wird, bevor es zu spät ist.

Bauerntum und Wehrbeitrag

Unter obiger Ueberschrift wird im Deutschen Bauernbund Nr. 14 vom 8. November 1923 die infolge der verschiedenartigen Veranlagung des Wehrbeitragswertes unterschiedliche Belastung des größeren und kleineren Grundbesitzes an einem Beispiel vorgeführt. An Hand dieses Beispiels wird dargetan, daß ein Gut von 70 Morgen durch die Rentenbankgrundschuld etwa dreimal so stark je Morgen belastet sei als ein Gut von 2100 Morgen. Der Bauernbund behauptet dann weiter, daß der Landbund mit Hilfe seiner „wissenschaftlichen Berechnung“ und „doppelten Buchführung“ die Steuern bei dem Großgrundbesitzer zu ermäßigen, dafür aber dem kleineren Landwirt das Drei- bis Vierfache an Steuern je Morgen „zuzuschieben“ versuche. Diese Behauptung ist völlig unzutreffend. Der Reichs-Landbund hat von jeher einen scharfen Kampf gegen die ungleichmäßige Veranlagung des Wehrbeitragswertes geführt und in unzähligen Eingaben an das Reichsfinanzministerium sowie durch die ihm nahestehenden Abgeordneten darauf hingewiesen, daß die Zugrundelegung des unberichtigten Wehrbeitragswertes eine nicht zu rechtfertigende Härte sei. Die Gründe für eine Berichtigung des Wehrbeitragswertes sind im Steuerblatt des Reichs-Landbundes vom 28. September 1923 eingehend behandelt und zusammengefaßt worden. Wenn jetzt für die Berechnung der Rentenbankgrundschuld eine Berichtigung des Wehrbeitragswertes zugesagt worden ist (das gleiche gilt übrigens auch für die kommende Vermögens-Steuerveranlagung), so dürfte hieran wohl der Deutsche Bauernbund das geringste Verdienst haben. Unseres Wissens ist der Deutsche Bauernbund an den Beratungen über die Berechnung der Rentenbankgrundschuld überhaupt nicht beteiligt gewesen, wohl aber haben die Vertreter des Reichslandbundes die Berichtigung des Wehrbeitragswertes zu einer conditio sine qua non gemacht. Der Deutsche Bauernbund hat also nicht die geringste Veranlassung, dem Reichs-Landbund eine unterschiedliche Behandlung von Groß- und Kleinbesitz vorzuwerfen. Vielmehr ist es gerade der Reichs-Landbund gewesen, der nicht nur eine Berichtigung des Wehrbeitragswertes, sondern auch eine Berücksichtigung leistungsschwacher kleiner Betriebe bei allen Steuern verlangt und auch erreicht hat. Wenn der Deutsche Bauernbund sich hiervon überzeugen will, so braucht er nur die größtenteils veröffentlichten Eingaben des Reichs-Landbundes und die Erlasse des Reichsfinanzministers, die dem Deutschen Bauernbund ja auch bekannt sein dürften, zu vergleichen.

Steuerabzug bei wertbeständiger Lohnzahlung

Bei Berechnung oder Bezahlung der fälligen Gehälter in wertbeständiger Währung hat das Reichsfinanzministerium laut „Konfektionär“ die folgende Regelung getroffen:

1. Werden die Löhne in Goldmark berechnet, aber in Papiermark bezahlt, so ist die Zahlung, also der Papiermarkbetrag, für den Steuerabzug maßgebend.

2. Werden die Löhne in Papiermark berechnet, aber z. T. in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt, so ist der Steuerabzug auch in Zukunft nur auf Papiermarkbeträge abzustellen.

3. Werden die Löhne in Goldmark berechnet und in wertbeständigen Zahlungsmitteln voll ausgezahlt, so muß für eine Uebergangszeit auch hier die Umrechnung in Papiermark weiterhin erfolgen. Es darf alsdann für die Umrechnung in äußersten Fällen der Kurs des dritten Tages vor der Lohnzahlung zugrunde gelegt werden.

Steuerabzug bei Monatsgehaltsempfängern

Das Reichsfinanzministerium hat seinerzeit bekanntgegeben, daß bei der Berechnung des Steuerabzuges die Verhältniszahl zugrunde gelegt werden kann, die in der Kalenderwoche gilt, bis zu deren Ablauf mehr als 50 Proz. des Arbeitslohnes gezahlt und fällig geworden sind. Da sich bei dieser Regelung jedoch erhebliche Nachteile zu Ungunsten des Steuerfiskus herausgestellt haben, so hat, wie der „Konfektionär“ erfährt, der Reichsfinanzminister sich neuerdings dahin entschieden, daß für die Berechnung des Steuerabzuges im äußersten Falle die Verhältniszahl der letzten, ganz in den Lohnzahlungsmonat hineinfallenden Kalenderwoche zugrunde zu legen ist.

Reichsbankausweis

Der Ausweis der Reichsbank vom 7. d. M. spiegelt in seinen Ziffern die ruckartige Steigerung des gesamten Preis- und Lohnniveaus wieder, die während der ersten Novemberwoche eintrat (der Dollarkurs in Berlin stieg nahezu auf das Neunfache, von 72,5 am 31. Oktober auf 630 Milliarden am 7. November). Die gesamte Kapitalanlage der Bank ist um 26,7 auf 34,4 Trillionen Mark gewachsen, und zwar vermehrten sich die Schatzanweisungsbestände um 19,5 auf 26,1, die Wechselbestände um 7 auf 8,1, die Lombardforderungen um 0,1 auf 0,2 Trillionen Mark.

Während in der Vorwoche die neu beanspruchten Kreditbeträge zum größeren Teil der Bank auf den Konten der fremden Gelder verblieben waren, überwogen diesmal die Abflüsse in baren Zahlungsmitteln. Der Banknotenumlauf erhöhte sich um 16,7 auf 19,2 Trillionen Mark. Die fremden Gelder nahmen gleichzeitig um 13 auf 16,8 Trillionen Mark zu.

Der Goldbestand veränderte sich nicht. Die Inanspruchnahme der Darlehnskassen des Reichs führte zu einer Erhöhung der Ausleihungen um 2,1 auf 2,2 Trillionen Mark. Ein dieser Zunahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen wurde der Reichsbank ausgeliefert.

Agas, Halle

In Ergänzung unserer kürzlichen Meldung teilen wir mit, daß das Grundkapital 1,15 Milliarden Mark beträgt und in 115 000 Inhaberaktien zu je 10 000 Mark eingeteilt ist. Die Einzahlung soll mit einem Aufgelde von 900 Prozent erfolgen.

Ausspann-Werkzeuge A.-G., Halle a. S.

Die Gesellschaft betreibt eine Maschinenfabrik und die Verwertung von Patenten und Schutzrechten auf dem Gebiete der Werkzeuge und Werkzeugmaschinen. Das Grundkapital beträgt 10 Mill. M. und ist eingeteilt in 1000 Inhaberaktien zu je 10 000 M., die mit einem Aufschlage von 10 000 Proz. von den Gründern übernommen sind. Diese sind Fabrikdirektor Otto Bühring, Halle, Dipl.-Ing. Hermann Meinhardt, Weidenau a. d. Sieg, Kaufmann Karl Breitenbach, Siegen (Westf.), Bankherr Kurt Kayser, Halle, Major a. D. und Ing. Viktor v. Mandel, Naumburg a. S. Der erste Aufsichtsrat besteht aus den Herren Bühring, Meinhardt und v. Mandel. Vorstand ist Kaufmann Breitenbach.

Olea-Werke A.-G., Frankfurt a. M. Zu der kürzlich von uns gebrachten Notiz über die bevorstehende G.-V. erfahren wir noch, daß der Aufsichtsrat beschlossen hat, der Generalversammlung den Abschluß eines Pachtvertrages mit den Riebeckschen Montanwerken vorzuschlagen. Dabei soll den Olea-Aktionären eine Dividenden-Garantie im Verhältnis von einer Riebeck-Aktie auf 8 Olea-Aktien gewährt werden.

d. **Stahlwerk Krone—Köln-Lindenthal.** Es verlautet, daß die Stahlwerk Krone A.-G. eine engere Verbindung mit den Köln-Lindenthaler Metallwerken plant. Zu diesem Zwecke soll eine Erhöhung des Aktienkapitals geplant werden und ein Teil der jungen Aktien derart zum Umtausch gelangen, daß auf 6 Krone-Aktien eine junge Köln-Lindenthaler-Aktie entfällt. Wie man weiter hört, ist eine Verschmelzung einstweilen nicht vorgesehen. Hierbei sei erwähnt, daß das Stahlwerk Krone beschlossen hat, auf eine Dividendenverteilung aus einem Reingewinn von ca. 2000 Millionen Mark zu verzichten.

* **Nationale Automobil-Gesellschaft, A.-G., Berlin.** Die Gesellschaft beabsichtigt, ihr Aktienkapital um 110 Mill. Mark Stammaktien zu erhöhen. Ferner sind Aufsichtsratswahlen vorzunehmen. Auch soll die Gewinnbeteiligung und Stückelung neuer Aktien neugeregelt werden.

d. **Grade-Motor-Werke A.-G., Magdeburg.** In der ao. G.-V. wurden die mit Rücksicht auf die Bildung der Interessengemeinschaft mit der Maschinenfabrik Buckau A.-G. vorgeschlagenen Satzungsänderungen genehmigt. Nach Mitteilung der Verwaltung ist der Geschäftsgang dauernd befriedigend gewesen. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt: Generaldirektor Wilhelm Kleinherne und Generaldirektor Max Wolf, Maschinenfabrik Buckau, sowie Kommerzienrat Paul Millington Hermann von der Deutschen Bank in Berlin.

* **Chemische Fabrik Ambra, Zittau.** Die Gesellschaft beabsichtigt ihr Grundkapital durch Ausgabe von Namen- und Vorzugsaktien um eine noch nicht bekanntgegebene Summe zu erhöhen.

Zuckerfabrik Glauzig. Die Fabrik wird voraussichtlich ihre Kampagne am 8. Dezember beenden. Der frühe Kampagneschluß wird ermöglicht sowohl durch Neueinrichtungen in der Verarbeitungsweise wie durch die Tatsache, daß Rüben infolge Rückgangs der Anbaufläche in geringerem Maße als früher zur Verfügung stehen. Es wird sich jedoch eine Nachkampagne anschließen, in der die Erzeugnisse einer Anzahl Rohzuckerfabriken veredelt werden. Die Bezugsrechtssteuer beträgt 14 040 000 Mark für nom. 1200 M. junge Aktien.

ss. **Brauerei C. W. Naumann A.-G., Leipzig.** (Eigener Drahtbericht.) Die G.-V. soll Beschluß fassen über einen Antrag betr. Uebernahme der eingetauschten Vorzugsaktien A durch eine andere Gesellschaft, ferner über das Angebot eines Konsortiums zur Uebernahme von Aktien der Brauerei Zwenkau A.-G. Die Festsetzung einer evtl. Gewinnausschüttung bleibt der G.-V. vorbehalten.

Errichtung einer Börse in Dortmund. In einer zahlreich besuchten Versammlung von Handels-, Industrie- und Bankvertretern, im Beisein von Behörden und Pressevertretern, wurde die Errichtung einer Wertpapierbörse beschlossen. Als erster Börsentag wurde der 5. Dezember in Aussicht genommen. Vorläufig soll wöchentlich ein Börsentag, und zwar Mittwochs, algehalten werden.

Wertpapiere.

Berlin, 29. Nov. Der Versuch zur Herbeiführung von Notizen für die festverzinslichen deutschen Rentenpapiere hat sich im allgemeinen als der gleiche Fehlschlag wie vor acht Tagen erwiesen. Material ist fast gar nicht herausgekommen, so daß die Mehrzahl der Kurse auf den verschiedenen Gebieten des Rentenmarktes gestrichen blieben. Wo Kurse notiert werden konnten, ergaben sich zum Teil erhebliche Steigerungen gegen die zurückliegenden Kurse. Am Geldmarkt ist eine wesentliche Erleichterung eingetreten. Täglich kündbares Geld war mit 3 Prozent ziemlich reichlich zu haben. Unter diesen Umständen zeigte sich am Effektenmarkte etwas Nachfrage, so daß die Tendenz im Vergleich zur gestrigen Ermittlung als ziemlich fest zu bezeichnen ist. Die Devisenpreise wurden bei fast durchweg 1 Prozent Zuteilung überwiegend unverändert gegen gestern festgesetzt. — Dollarschatzanweisungen gestrichen, Goldanleihe 4,2 Billionen, ohne Umsatz.

Halle, 29. Nov. Die heutige Börse war auf der ganzen Linie schwach. Am Markt der festverzinslichen Werte kamen folgende Kurse zustande: in Milliarden-Prozent. 3½- und 4proz. Hall. Stadtanleihe 200 G., 4proz. Sächs. Rentenbriefe 150 G., 3½proz. Sächs. Rentenbriefe 100 G., 3½proz. Prov.-Anleihe 75 G., 4proz. Prov.-Anleihe 100 G., 3½proz. Unstrut-Anleihe 50 G., D. Grube 100 G., Bruckdorf-Nietlebener 200 G., Gew. Auguste 250 G., Sächs.-Thür. 200 G., 5proz. Kröllwitzer Papier 100 G., Eilenburger Kattun 200 G., 5proz. Eisenw. Schafftädt 150 G., 4proz. Kyffhäuserhütte 100 G.

Bankaktien lagen verhältnismäßig gut behauptet, Zörbiger Bankverein plus 300. Die Abschläge am Montanmarkt waren ganz bedeutend, sie betrugen 14 000—27 000. Ammendorfer waren angeboten, während nach Kröllwitzer Nachfrage herrschte. Sämtliche anderen Werte hatten Kurseinbußen zu verzeichnen bis auf Halle Zucker, die 2500 gewannen. Wir halten alle Papiere für stark unterbewertet, eine baldige Besserung steht zu erwarten.

Im Freiverkehr notierten: Hildebrand jg. 17 000 G., Kyffhäuserhütte jg. 2600—2650 bez., jüngste 2300 G., Lindner jg. 9500 bez., Schraplauer Kalk jg. 2700 G., Gewerbe- und Handelsbank jg. 790 bez. G., Halle-Hettstedter jg. —, Kathe jg. 3500 bis 3600 bez., Avi 10 500 G., Arternbank 1000 G., Bernburger Saalmühlen 3000—2750 bez., Bühring — G., Cäsar u. Loretz 6500 bis 6000 bez., Concordia 2000 G., Getreidekredit wurden mit 30 Milliarden Prozent eingeführt und stiegen auf 40 bis 45, Halle Malz 3000 G., Hanfimport 3100 G., Iduna Tr. 5000 G., Krügershall 16 000 bez., Mansfeld 18 000—18 500—17 500—17 750 bez., Micifa 2000 G., Mitteld. Zement 2500 G., Vester 1600 bis 1550 bez., Zörbiger Kreditverein 1100—1150—1200 bez., junge 725—750 bez. Beauftragt ist die Zulassung von jungen Kathe- und Brünner-Aktien gleichberechtigt mit den Alten.

Hallesche Notierungen.

Halle a. S., den 29. Nov. 192.

Anleihen

Ohne Gewähr. (in Milliarden). * = repartiert

3% Landsch. Zentral-Pfdbr.	— G	4% Sächs. landsch. Pfdbr.	—
3½% " " "	— G	3½% " "	—
4% " " "	— G	3% " "	—
Goldanleihe	— G	Dollaranleihe	—

Aktien (in Milliarden).

Hallescher Bankverein	2500bG	Hallesche Maschinen	12000bG
Hewag.	650bG	Hallesche Röhrenw.	2500b
Gew.- u. Handelsb.	1200bG	Heckert	2600b
Landcreditbank	250bB	Hildebrandsche Mühlen	17000b
Zörbiger Bankverein	1800bG	Moritz Jahr	2000bG
Vers. Iduna. Feuer	10000bG	Gebr. Jentzsch	18000b
Hall. Pfännersch. A.-G.	35000bG	Kaiserbad Schmiedeberg	3000G
Prehlitzer A.-G.	45000G	Wilh. Kathe. Akt.	4000bB
Rieb. Montanw. A.-G.	70000b	Körbisdorfer Zucker	—G
Werschen-Weissenf.	55000G	Kyffhäuserhütte 1—8500	8000bG
Ammendorfer Papier	8500bB	Gottfried Lindner	10000bG
Cröllwitzer Papier	12000 etw.bG	Schraplauer Kalkw.	3000bG*
Cönnerner Malzfabrik	—	Wegelin & Hübner	6000bG
Eilenb. Kattun	30000bB	Zeitzer Maschinen	—G
Eisenw. Brünner	4000bG	Zuckerraffinerie Halle	17500G
F. Zimmermann & Co.	1400bG	Halle-Hettst. Eisenb.-A.	—
do. V.-A.	1400G	Bruckd. Nietleb. Bergb.	—
Glauziger Zucker	86000bG		

Produkte.

Berlin, 29. November. Im Getreideverkehr war die Tendenz bei belanglosen Umsätzen wieder recht still. Durch die reichlichere Belieferung mit Rentenmark hat die bisher im Westen vorherrschende starke Nachfrage nachgelassen. Das Angebot vom Inlande hat sich etwas vergrößert. Für Roggen bestand Nachfrage seitens der Mühlen. Für Gerste zeigt sich aus dem Westen stärkere Nachfrage, wogegen Hafer matt liegt. In den übrigen Artikeln waren die Umsätze unbedeutend.

Amtliche Notierungen (2 Ztr.) in Goldmark ab Station.

Gattung	29.11.	Gattung (2 Ztr.)	29.11.
Weizen, märk. 1 t	192–195	Peluschken	17–19
Roggen, märk. 1 t	173 176	Ackerbohnen	—
Gerste 1 t	196–203	Wicken	—
Hafer, märk. 1 t	164–167	Lupinen, blaue	—
Mais 2 Ztr.	—	" gelbe	—
Weizenmehl, 2 Ztr.	33,00–36,50	Serradella	20–23
Roggenmehl, 2 Ztr.	30,00–33,00	Rapskuchen	13,00
Weizenkleie	7,80 8,00	Leinkuchen	—
Roggenkleie	7,10–7,80	Trockenschnitzel	8,00
Leinsaat (1 t)	—	Zuckerschnitzel	—
Raps	—	Torfmelasse	7,00
Viktoriaerbsen	45–55	Kartoffelflocken	18–19,00
Kl. Speiseerbsen	33–36	Kartoffeln, weiß. 1 Ztr	
Futtererbsen	—	" rote	—

1 Zentner in Milliarden-Papiermark.

Weizen- und Roggenstroh (in Goldmark) 0,80–0,0, Haferstroh 0,70–0,90, bindfadengepreßt 0,60–0,70, gebünd. Langstroh —.—, Wiesenheu I. Sorte 1,60–1,80, II. Sorte 1,30–1,40, Kleeheu —.

Vieh.

Leipzig, 29. November. Auftrieb: Rinder 123, Ochsen 18, Bullen 40, Kalben 8, Kühe 57, Kälber 187, Schafe 168, Schweine 203, zusammen 681. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht (in Milliarden Mark): Ochsen 1.: —, 2.: 780—950, 3.: 550—780, 4.: 400—550. Bullen 1.: 875—900, 2.: 700—875, 3.: 550—700, 4.: 400—550. Kühe (Kalben) 1.: —, 2.: —, 3.: 700—850, 4.: 500—700, 5.: 300—500. Kälber 1.: 780—800, 2.: —, 3.: 600—780, 4.: 450—600. Schafe 1.: —, 2.: 850—1000, 3.: 500 bis 850, 4.: —. Schweine 1.: 15—1700, 2.: 17—1900, 3.: 1100 bis 1500, 4.: 7—1100, 5.: 7—1100. Geschäftsgang: Rinder sehr langsam, Kälber mittelmäßig, Schafe und Schweine langsam. Ueberstand: 50 Rinder, davon 10 Ochsen, 18 Bullen, 22 Kühe, 5 Kälber, 83 Schafe, 12 Schweine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192311301-14/fragment/page=0007

Beilage der Hallischen Zeitung

Landwirtschaftliche Mitteilungen

Irrsinnige Enteignungswut

Zum Agrarprogrammentwurf des Sozialdemokraten Otto Albrecht.

Die weitgehende Absichten die Sozialdemokratie für die Enteignung des landwirtschaftlichen Besitzes verfolgt, zeigt ein Aufsatz des sozialdemokratischen Mitgliedes des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates Otto Albrecht in der parteiamtlichen Halbmonatsschrift „Die neue Zeit" (6). Nach lebhaften Klagen, daß es bisher trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, das Gebiet der Agrarpolitik programmatisch zu erfassen, werden Vorschläge zu einem sozialdemokratischen Agrarprogramm gemacht, die an Radikalismus alles bisher Erlebte in den Schatten stellen. Ihr Ziel ist, mit einem Schlage so gut wie alle Landbezirke zu enteignen und den gesamten Berufsstand für immer zu versklaven.

Der sozialistische Kern der Albrechtschen Vorschläge liegt in dem beabsichtigt schroffen Vorstoß gegen das landwirtschaftliche Privateigentum. Wohl versichert dieser agrarfeindliche Genosse mit frommem Augenaufschlag, das Privateigentum am Boden werde jedem gewährleistet, der über solches bereits verfüge. Wörtlich aber fährt er fort:

„Niemand kann jedoch insgesamt auf mehr Boden Eigentumsansprüche erheben, als zu einer selbständigen Ackernahrung gehört. Der diesen Umfang überschießende Teil eines Betriebes wird Eigentum der öffentlichen Hand, verbleibt aber ... ungestört bei dem bisherigen Betriebe. Der Betriebseigentümer hat für seinen nicht eigentümlichen Boden eine Nutznießungsabgabe, die der sonst üblichen und angemessenen Pacht entspricht, zu leisten. Forstwirtschaftlich zu nutzendes Gelände wird mit Einschluß des vorhandenen Waldbestandes Eigentum der öffentlichen Hand."

Damit geht dieser Albrechtsche Programmentwurf selbst noch über das von Herrn Hoeft gesteckte Ziel erheblich hinaus. Während nach dem Antrag des Herrn Gustav Hoeft die Enteignungsgrenze bei zwei Ackernahrungen gezogen wird, wobei die Ackernahrung je nach der Bodenklasse auf 24 bis 100 Hektar festgesetzt wird, zieht Herr Otto Albrecht den Enteignungsstrich bereits nach einer selbständigen Ackernahrung, die er obendrein je nach der Bodengüteklasse auf nur 10 bis 60 Hektar bemessen wissen will. Bei der Würdigung des von der Sozialdemokratie im Reichstag eingebrachten Enteignungsantrages wurde alsbald vorausgesagt, daß die sozialdemokratische Enteignungswut auf die Dauer vor einem Besitztum von unter 750 Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche nicht Halt machen werde. Der vor der Einbringung dieses Antrages geschriebene Aufsatz des Genossen Otto Albrecht bestätigt diese Auffassung. Inzwischen hat die „Rote Fahne" (122) mit dankenswerter Offenheit gefordert, die Grenze für das zu enteignende Land bei mittlerer Bodenklasse auf mindestens 25 Hektar herabzusetzen. Bei der starken Rücksicht, die die Sozialdemokratie jederzeit bewußt oder unbewußt auf die kommunistischen Forderungen nimmt, um nicht im Agitationswettrennen zurückzubleiben, ist die entsprechende Herabsetzung der im sozialdemokratischen Antrag vorgeschlagenen Enteignungsgrenze unausbleiblich. Im Augenblick ist Herr Otto Albrecht mit seinem selbst Herrn Hoeft schlaganden Radikalismus noch in der Minderheit geblieben; er wird sich damit trösten, daß dies kein bleibender Zustand ist.

Die obigen Mitteilungen über Albrechtsche Absichten würden jedoch ein unzulängliches Bild geben, wenn nicht noch ein Wort über die ihm vorschwebende Art der Entschädigung gesagt würde. Für die abzutretende landwirtschaftliche Fläche im Umfang bis zu drei selbständigen Ackernahrungen soll ein nach dem Ruswert zu prüfender, für Steuerzwecke selbst eingeschätzter Wert, gegebenenfalls auch der marktgängige Preis, dem Ankaufspreis zugrunde gelegt werden. Die den Umfang von drei selbständigen Ackernahrungen überschießenden Flächen sollen jedoch gestaffelt derart billiger abgegeben werden, daß beim letzten Hektar der neunten Ackernahrung die Staffel mit Null endet. Ueberdies soll für Moor- und Oedland eine Entschädigung überhaupt nicht geleistet werden. Damit noch nicht genug, soll die Entschädigungssumme insgesamt um 50 v. H. gekürzt werden, um „das von diesem Vermögen geschuldete, bis dahin aber vorenthaltene, von den anderen Bevölkerungsschichten, besonders Beamten, Angestellten, Arbeitern, Sozial- und Kleinrentnern, viel reichlicher gebrachte Volksopfer als abgezollten" erklären zu können. Wer freilich annimmt, daß wenigstens damit Albrechts landwirtschaftsfeindlichem Sadismus Genüge geschehen sei, ist im Irrtum. Vielmehr sollen sämtliche Hypotheken aus der Vorkriegszeit wiederhergestellt und den Sacheigentümern zu dem ursprünglichen Goldwert zu Lasten geschrieben werden. Nur werden die wiederhergestellten Hypotheken Eigentum des Reiches, an das sofort die Zinsen zu leisten sind.

Daß ein dermaßen gehäufter Irrsinn in einem parteiamtlichen Blatt veröffentlicht werden kann, das sich gern seines wissenschaftlichen Charakters rühmt, spricht Bände. Gleichwohl bestätigt der Ort der Veröffentlichung, daß diese Verstiegenheit auch unter den sozialdemokratischen Oberen ernsthafte Anhänger hat und steigende Zustimmung findet. In dem Streben, die Wirtschaft unter die Knute der Parteipolitik zu bringen, sind der Sozialdemokratie eben alle Mittel recht. Wer aber hat letzten Endes unter dem Albrechtschen Wüten zu leiden? Die Landwirtschaft wird ohne Not erneut beunruhigt, und die Kosten trägt der Verbraucher.

*

Zu diesem Thema wird uns noch geschrieben:

Es ist alles schon dagewesen. Gegenwärtig bemüht sich die Sozialdemokratie darum, die Privateigentümer von mehr als 650 Hektar landwirtschaftlich genutzten Bodens zur Abtretung des überschießenden Teils an das Reich zu zwingen. Herr Hoeft will mit Unterstützung der Kommunisten gleich zur Enteignung allen über zwei „Ackernahrungen" hinausgehenden Grundbesitzes schreiten. Sie sind nicht die einzigen, die sich gegenwärtig um die Verstaatlichung der Ernährungsbasis des deutschen Volkes aus demagogischen und politischen Gründen bemühen; aber sie treten gegenwärtig mit ihrer Propaganda besonders hervor. Darum sei ihnen ein Urteil vorgehalten, welches bereits vor 75 Jahren der Marburger Professor K. F. C. Vilmar in seiner Kulturgeschichte Deutschlands über ähnliche, auch damals schon propagierte Pläne gefällt hat. Wir lesen dort:

„Schlagen wir einmal ein Herrengut auseinander. Es mag etwa 400 Acker haben; darauf sitzt ein Pächter, welcher beiläufig 1200 Taler Pacht zahlt; der Herr des Gutes mit seiner Familie lebt davon und verschafft dadurch vielen Menschen Lebensunterhalt, der Pächter mit seiner Familie lebt davon, und gibt wieder gar manchem einen schönen Verdienst, ein ganzes Dorf lebt davon, Wagner und Schmiede, Bauhandwerker und Tagelöhner. Wir teilen es in 20 Fleckchen von 20 Acker jeden, und jeder Tagelöhner erhält ein solches Fleckchen. In guten Gegenden ist das freilich schon ein hübsches Besitztum, aber in mittelmäßigen oder schlechten ist es für die, die ein solches Wischchen erhalten, ein großes Unglück. Jetzt kann kein gehöriger Viehstand mehr gehalten werden, es kann keine zusammengreifende ökonomische Wirtschaft, kein eigentlicher Betrieb mehr stattfinden, das schlecht oder gar nicht mehr gedüngte Land wird ausgesogen bei aller Arbeit, Mühe und Plage der Besteller, und an einen Verkauf von Früchten ist nicht zu denken. Mit ihnen verarmen denn auch alle Handwerker, die sonst reichlichen Verdienst von dem Gutsherrn und seiner Familie, von dem Pächter und seiner Familie und von der Wirtschaft selbst gehabt haben ... Früher befanden sich alle wohl — jetzt sind alle arm ...."

Freilich denkt der Kommunismus und Sozialismus auch da wieder zu helfen. Ob uns aber diese Hilfe wohl gefallen würde? Da sollen große Gesamthäuser, große Gesamtscheunen, große Gesamtkeller, große Gesamtställe gebaut werden, in welchem alle diese kleinen Gutsbesitzer zusammenwohnen, zusammen ihre Früchte usw. aufbewahren, zusammen ihre Kühe usw. einstellen. Etwa 25 kommen zusammen in ein solches Haus, 25 haben zusammen eine Scheuer, einen Keller, einen Stall. Da gibts also aus einem schönen großen Dorf von 75 Wohnstätten einen Hof von 3 Kasernen."

Schafft Arbeit!

Zehn Prozent des deutschen Volkes werden zurzeit aus öffentlichen Mitteln des Reiches, der Länder, der Gemeinden unterstützt, und diese erschreckende Zahl ist noch im Wachsen begriffen. Das ist auf die Dauer für die Allgemeinheit untragbar; keine beständige Währung ist denkbar bei so hohen laufenden unproduktiven Ausgaben. Soll Deutschland gesunden, so muß statt Unterstützung Arbeit gegeben werden. Eine schwere Aufgabe, am schwersten für die Frauen aller Schichten, die aus wirtschaftlichen, gesundheitlichen oder Familienrücksichten aus Haus gebunden und zum Teil ganz ungeübt in Erwerbsarbeit sind! Wer ihnen helfen will, der suche in Kästen, Truhen, Schränken nach alten Kleidern (auch seidene Kleider und Blusen), vertragene Herrensachen nicht zu vergessen, Wäsche, Schuhen, Hüten, Herren- und Damenschlipsen, Gardinen, Decken, Flicken, bunten Garnrollen usw. Aus allem sollen Frauenhände wieder gute, brauchbare Sachen machen, die zu billigen Preisen an Unbemittelte abgegeben werden. Der Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands bürgt für zweckmäßige Verwendung der geschenkten Sachen; seine Hauptvorsitzende, Margarete Behm, erbittet die Sachen zum Durchsehen und Verteilen an die Hauptgeschäftsstelle des Gewerkvereins, Berlin W. 30, Nollendorfstraße 15.

Gebt reichlich, gebt bald, damit die verarbeiteten Sachen zur Weihnachtsfreude für Bedürftige werden können! Jeder, der im Warmen sitzt und satt zu essen hat, sei eingedenk, daß auch die kleinste Kleinigkeit zur Hilfe wird.

Eine rechtswidrige preußische Verordnung

Von

Rechtsanwalt Ernst Böttger, Berlin,
Rechtsbeirat des Reichs-Landbundes.

Der Reichsernährungsminister hat gegen die Preußische Grundsteuerverordnung vom 23. Oktober 1923 Einspruch erhoben, offenbar aus dem gleichen wirtschaftlichen Bedenken, die den Reichs-Landbund veranlaßten, gegen diese Goldmarkbelastung der Landwirtschaft unter der Papiermarkherrschaft Stellung zu nehmen.

Eine eingehende rechtliche Nachprüfung der Verordnung, die hier nur in großen Zügen dargelegt werden soll, führt mich zu dem Ergebnis, daß die genannte Verordnung verfassungswidrig ist. Ich empfehle infolgedessen sämtlichen Landbünden, ihre Mitglieder zu veranlassen, von den in § 8 und 9 des Gesetzes vom 14. Februar 1923 (Gef. 29) vorgesehenen Rechtsmitteln Gebrauch zu machen. Außerdem ist es auch zweckmäßig, möglichst bald einige Steuerstrafverfahren in die Wege zu leiten. Die Verfassungswidrigkeit ergibt sich auf Grund folgender Erwägungen:

I.

Die Verordnung vom 22. Oktober 23 ist vom Staatsministerium erlassen gemäß Art. 55 der Preußischen Verfassung. Diese Verfassungsvorschrift enthält das Notverordnungsrecht des Staatsministeriums. Es kann, sofern der Landtag nicht versammelt ist, in Uebereinstimmung mit dem ständigen Ausschuß verfassungsmäßige Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, „wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes es dringend erfordert". Dieses Notverordnungsrecht findet seine Grenzen in dem Notverordnungsrecht des Reiches, wie es in Art. 48 der Reichsverfassung niedergelegt ist. Das bedeutet, daß nach Art. 13 der Reichsverfassung Reichsrecht Landesrecht bricht, daher der Freistaat Preußen von seinem Notverordnungsrecht nur dann Gebrauch machen darf, wenn nicht von Reichs wegen auf Grund des Art. 48 Abs. 2 die „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen getroffen sind". Bei Widerstreit zwischen Anordnungen des Reichspräsidenten aus Art. 48 der Reichsverfassung und es preußischen Staatsministeriums aus Art. 55 der Preußischen Verfassung geht das Reichsrecht unbedingt vor, wie von Staatsrechtslehrern (vgl. u. a. Waldecker, Kommentar zur Preußischen Verfassung, Art. 55) anerkannt wird. Landesgesetze und entsprechend auch Landesverordnungen, welche mit dem Reichsgesetz inhaltlich übereinstimmen, verfassen ebenso der Aufhebung wie solche gesetzgeberischen Maßnahmen der Landesregierungen, welche dem Reichsgesetz widersprechen.

II.

Nach den grundsätzlichen Ausführungen zu I ist zu prüfen, ob in der Preußischen Grundsteuerverordnung vom 22. Oktober 1923 ein verfassungsrechtlicher Widerspruch mit den Notverordnungen des Reichspräsidenten bzw. des Inhabers der vollziehenden Gewalt auf Grund der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 zu erblicken ist. Diese Frage ist zu bejahen. Das gesamte Reich steht unter Ausnahmerecht im Sinne des Art. 48 Abs. 2. Es sind Verordnungen politischer, militärischer und in reichem Maße wirtschaftlicher Art unter dem Ausnahmezustand ergangen, erkennen lassen, daß der Reichspräsident bzw. an seiner Stelle der Inhaber der vollziehenden Gewalt sich berechtigt für gewillt ist, sämtliche Maßnahmen, die zur Wiederherstellung öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötig sind, für die Dauer des Ausnahmezustandes selbst zu treffen.

Wie aus Art. 48 Abs. 2 hervorgeht, können bei Gefahrenzustand Verzuges die Landesregierungen einstweilige Maßnahmen treffen. Die Preußische Grundsteuerverordnung gedenkt gar nicht, eine einstweilige steuerliche Maßnahme zu treffen, einmal daraus hervorgeht, daß sie sich nicht auf Art. 48 der Reichsverfassung stützt, sondern auf den Notstandsparagraphen der Preußischen Verfassung, Art. 55. Will man einwenden, daß dieser Artikel 55 Notstandsverordnungen nicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zulässt, sondern auch bei Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes, wenn die Sicherheit oder dieser Notstand eine solche Notverordnung dringend erfordert, so ist dem entgegenzuhalten, daß die erlassenen Notverordnungen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sämtlich nicht nur dem Zwecke dienen, die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten, sondern gleichzeitig einen ungewöhnlichen Notstand zu beseitigen erstreben. Hiernach ist das Notverordnungsrecht des preußischen Staatsministeriums auf allen, auch wirtschaftlichen Gebieten für die Dauer der Geltung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 sowie der Anordnungen des Trägers der vollziehenden Gewalt und der von ihm delegierten Befehlshaber kein Raum. Das Notverordnungsrecht der Länder ruht für diese Zeit, wird es trotzdem ausgeübt, so stößt es gegen Art. 48 der Reichsverfassung, da Reichsrecht Landesrecht beseitigt.

III.

Ein weiteres Bedenken, welches das Zustandekommen der Preußischen Verordnung betrifft, sei noch hervorgehoben. Durch die in Art. 1 der Verordnung genannte Abänderungsverordnung vom 1. September 1923 wurde die Bestimmung, daß nicht nur die Mitwirkung des ständigen Ausschusses des Landtags bei der Aufwertung der Steuer im Verordnungswege, sondern auch die vorherige Anhörung des Staatsrats erforderlich sei, aufgehoben, weil im Geldentwertungsprozeß das Staatsministerium selbständig Berechtigung erhielt zur Festsetzung von Steuerzuschlägen ohne Anhörung des Staatsratsausschusses und mit Zustimmung des ständigen Landtagsausschusses. Das Staatsministerium hat an dieses Gesetz gebunden und konnte eine Verordnung, wie unter dem 1. September 1922 vorliegt, welche den Staatsausschuß, nicht ohne Anhörung des Staatsrats über diese ausschaltende Verordnung erlassen. Diese Selbstherrlichkeit des Staatsministeriums findet nun auch ihren Niederschlag in der Grundsteuerverordnung vom 22. Oktober 1923, in welcher der Staatsrat nicht angehört hat. Nach dem Gesetz entwertungsgesetz vom 31. Juli 1923 war er aber zu hören.

Wir kommen damit zu dem Ergebnis, daß auch die Verordnung vom 1. September 1922, weil über sie der Staatsrat nicht gehört ist, als verfassungswidrig und damit rechtsunwirksam anzusehen ist.

IV.

Wie hier nur angedeutet sei, unterliegt diese Frage der Rechtsverbindlichkeit der genannten Verordnungen der Nachprüfung durch ordentliche Gerichte, wenn sie im Steuerstrafverfahren mit ihr befaßt werden. Ebenso aber auch die Möglichkeit gegeben, als letzte Instanz im Verwaltungsstreitverfahren das Oberverwaltungsgericht anzurufen. Der gerichtlichen Nachprüfung unterliegt ein Gesetz, was gleichfalls bestritten werden muß, die Frage, ob in der Zeit, wo wir im Anfange der Goldmarkberechnung ohne sächsische Goldmarkgrundlage stehen, eine solche Notverordnung als dringend erforderlich im Sinne des Art. 55 der Preußischen Verfassung anzusehen ist. Der Uebergang zur Goldmark bedeutet einen derartigen Eingriff in die wirtschaftliche Substanz, daß von ihm eine Gefährdung der Volksernährung unbedingt abhängen muß. Der Betrieb drinnt die Mittel nicht mehr auf und muß daher zur Arbeiterentlassung und zur Einschränkung der Stickstoffbeschaffung usw. schreiten. Die Arbeiterentlassung erhöht die Erwerbslosenfürsorge des Staates und des Reiches, der Mangel an Stickstoff führt zum Produktionsrückgang und damit zur Gefährdung der Volksernährung. Es erscheint sich wäre daher eine Notverordnung, wenn sie des preußischen Ministerium unter dem Ausnahmezustande des Reiches erlassen könnte, welche den durch die angefochtene Notverordnung geschaffenen sicherheitsgefährdenden Zustand sofort beseitigte, sie innerhalb 24 Stunden zur Aufhebung brächte. Dies zu wird schließlich, angesichts der politischen Zusammensetzung des Preußischen Landtags, Pflicht des Reiches sein, welches zu Grund seines Aufsichtsrechtes zum Einschreiten berechtigt ist, erster Linie aber Pflicht des Inhabers der vollziehenden Gewalt. Von ihm erwarten wir, daß er die Verordnung sofort als verfassungswidrig aufhebt.

Rübenmüdigkeit. Die sog. Rübenmüdigkeit des Bodens ist auf die Anwesenheit eines kleinen Rundwurmes zurückzuführen. Das Rübenälchens, das neben anderen Pflanzen mit Vorliebe die Rüben befällt und deren Wurzeln bewohnt. Dadurch welken die Blätter und färben sich gelb, die Rüben werden nicht normal ausgebildet und unter Umständen geht die ganze Pflanze zugrunde. Aus den Eiern des Wurmes schlüpfen kleine Larven, die anfangs im Boden leben und erst später Pflanzenwurzeln aufsuchen. Dabei werden sie von löslichen Stoffwechselprodukten geleitet, die von den Wurzeln ausgeschieden werden. Sie wandern diesen chemischen Stoffen entgegen und finden so schließlich die richtige Pflanze. Es hat sich gezeigt, daß sich die Tiere an bestimmte Pflanzen gewöhnen können; dies geht so weit, daß sie Nachkommenschaft nur in geringer Zahl den Weg zu einer anderen Pflanzenart findet, wenn die gewohnte Pflanze nicht mehr vorhanden ist. Durch die Rübenmüdigkeit kann großer Schaden entstehen, so daß zahlreiche Bekämpfungsversuche unternommen worden sind. Am besten hat sich die Fangpflanzenmethode bewährt, die darin besteht, daß man die jungen Rüben aus den tieferen Bodenschichten durch mehrmalige Aussaat von Fangpflanzen, deren Wurzeln sie besonders gern befällt, heraus lockt und samt den Pflanzen vernichtet. Da die Würmer auch gern Ackerunkräuter aufsuchen, darf auch deren Bekämpfung nicht vergessen werden.

* **Zunahme der Schweineausfuhr aus Ungarn.** Nachdem der ungarische Schweinemarkt in den letzten Monaten nicht lebhaft war, ist das Exportkontingent für November (2100 Waggons) infolge Steigens der ausländischen Wechselkurse schnell abgesetzt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192311301-14/fragment/page=0008